

OST Informationen EUROPA

In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsmagazin OstContact | 7/8 - 2019



Special Zentralasien/Südkaukasus: Qualitativ neue Phase der Zusammenarbeit

ОАОЕV-Jahresveranstaltung

**Der „Sex-Appeal“
der EU**

Ukraine

**Deutsche Wirtschaft traf
Präsident Selenskyj**

Russland

**Effizienzpartnerschaft
vereinbart**

Dürfen wir vorstellen: Der OWC Kiosk Alle Ausgaben überall & jederzeit Digital, schnell, bequem Die Neue App für Apple und Android

OWC
Außenwirtschaft

OWC Kiosk
Kostenloser
Download
für Apple IOS:



für Android:



www.owc.de

Liebe Leserinnen und Leser,

Russland und die Ukraine stehen meist im Fokus, wenn es um die Märkte der ehemaligen Sowjetunion geht. Erfolgreicher als in Russland und der Ukraine waren deutsche Exporteure im vergangenen Jahr aber auf anderen GUS-Märkten: Die deutschen Ausfuhren nach Kasachstan, dem wichtigsten deutschen Wirtschaftspartner in Zentralasien, stiegen um 11,3 Prozent auf gut 1,4 Milliarden Euro. Besonders kräftige Exportzuwächse gab es 2018 auch in Armenien, Aserbaidschan und in Usbekistan.

Kasachstan hat bereits früh damit begonnen, seine Wirtschaft zu reformieren, und auch der neue Präsident wirbt intensiv für sein Land als Investitionsstandort. Usbekistan brennt seit dem Wechsel im Präsidentenamt Ende 2016 ein regelrechtes Reformfeuerwerk ab. Das Land ist mit über 30 Millionen Einwohnern ein Markt mit sehr großem, vielfach noch unerschlossenem Potenzial, die Aktivitäten deutscher Unternehmen haben dort sprunghaft zugenommen. Auch in Armenien setzt die neue Regierung konsequent auf Wirtschaftsreformen. Diese Länder sind dadurch für Investoren deutlich attraktiver geworden. Dies macht deutlich, welche Dynamik durch mutige Reformschritte entstehen kann.

Diese Entwicklungen sind Grund genug, die Regionen Zentralasien und Südkaukasus in den Mittelpunkt dieser Ausgabe der Osteuropa Informationen zu rücken. Mit dem neuen kasachischen Botschafter in Deutschland sprechen wir über die **wirtschaftspolitischen Ziele des neuen Präsidenten** (S. 10f), geben einen Überblick über die **wirtschaftliche Entwicklung in den fünf Ländern Zentralasiens** (S. 12), berichten über die jüngste **Reise von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach Usbekistan**, an der auch eine OAOEV-Delegation teilnahm (S. 13) und stellen Ihnen unser **Praktikantenprogramm Usbekistan** vor (S. 14). Komplettiert wird der Schwerpunkt mit Berichten über die **Sitzung des OAOEV-Arbeitskreises Südkaukasus** (S. 15), eine **Einschätzung der AHK Aserbaidschan** über die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen (S. 16) und eine Analyse der **Auswirkungen der jüngsten russischen Sanktionen gegen Georgien** (S. 17).

Außerdem lesen Sie in dieser Sommerausgabe der OEI über die **Jahresveranstaltung des OAOEV** im Juni, zu der wir den nordmazedonischen Ministerpräsidenten Zoran Zaev begrüßen konnten (S. 6f), über das **Unternehmergespräch mit dem neuen ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Selenskyj (S. 8) und das **St. Petersburger Wirtschaftsforum**, an dem der OAOEV wie immer aktiv beteiligt war (S. 18). Darüber hinaus berichten wir vom **Wirtschaftsforum der Drei-Meere-Initiative** in Ljubljana (S. 19), den **Botschaftertag zum Thema Logistik** in Hamburg (S. 20), den **Empfang für die 16. Generation der Zoran-Djindjic-Stipendiaten** (S. 21) und sprechen mit der **Russland-Expertin Angela Stent** über die Beziehungen Russlands zum Westen (S. 22).

Wir wünschen Ihnen wie immer eine lohnende Lektüre!

Special

Zentralasien/Südkaukasus

Editorial	9
Interview: „Qualitativ neue Phase der Zusammenarbeit“	10
Analyse: Aktuelle Entwicklungen in Zentralasien	12
Usbekistan: „Reise zur rechten Zeit“	13
Junge Botschafter Usbekistans	14
Arbeitskreis: Südkaukasus im Fokus	15
Aserbaidschan: Neue Perspektiven	16
Georgiens makroökonomische Lage im Licht russischer Sanktionen	17



Foto: A. Metz

Editorial/Inhalt	3
Mitglieder-News	4
Länder-News	5
Veranstaltung: Der „Sex-Appeal“ der EU	6
Ukraine: Deutsche Wirtschaft traf Präsident Selenskyj	8
Russland: Effizienzpartnerschaft vereinbart	18
Veranstaltung: Unterwegs zwischen drei Meeren	19
Veranstaltung: „Das westliche Ende der Seidenstraße“	20
Südosteuropa: „Ich will meiner Heimat etwas zurückgeben“	21
Interview: „Gibt es eine bessere Russland-Politik?“	22
OAOEV in Kürze	23
Vorstellung neuer Mitglieder	24
Termine/Kooperationen	25
Publikationen	26

Titelfoto: Chorsu-Basar in Taschkent
Foto: A. Metz

MITGLIEDERNEWS

Daimler AG

Der Autohersteller Daimler hat die geplante **Erweiterung des Mercedes-Werks im ungarischen Kecskemet vorerst gestoppt**. Die Investition dafür belief sich auf eine Milliarde Euro, mehr als 2500 Arbeitsplätze sollten geschaffen werden. 200 Millionen Euro investiert Daimler in sein Gemeinschaftsunternehmen mit dem russischen Partner Kamaz in Tschelny in Tartastan. Hier werden in der Kabinenfertigung für Lkw bis zu 700 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Knauf Gips KG

Knauf eröffnete im Mai in Krasnogorsk (Region Moskau) ein **Werk zur Herstellung von Gebäudemodulen**. Wie das Unternehmen bekannt gab, werden hier von nun an jährlich rund 100.000 Quadratmeter Fertigpaneele für den Wohnungsbau hergestellt.

Rhenus

Der deutsche Logistikdienstleister Rhenus eröffnete im Mai eine **Logistikanlage in der russischen Region Woronesch**. In der Anlage, die Teil des Projekts „Rhenus Silk Way“ ist, werden insbesondere spezialisierte Transport- und Logistiklösungen für Kunden aus der Landwirtschaft entwickelt.

Siemens AG

Die Russischen Eisenbahnen bestellten im Rahmen des Wirtschaftsforums in St. Petersburg im Juni bei Siemens **13 Hochgeschwindigkeitszüge vom Typ Sapsan**. Der Gesamtauftragswert beläuft sich auf 1,1 Milliarden Euro und umfasst Wartungs- und Reparaturarbeiten für einen Zeitraum von 30 Jahren. Mit dem russischen Eisen- und Stahlwerk Magnitogorsk schloss Siemens einen **Dreijahresvertrag zur Produktion von Elektrogeräten**. Zudem beauftragte das usbekische Unternehmen Uz-Kor Gas Chemical Siemens für 14 Jahre mit der **Wartung von Gas- und Dampfturbinen** im Gaschemiekomplex Ustyurt GCC bei Taschkent.

Zeppelin GmbH

Das Unternehmen eröffnete im Juni eine **neue Niederlassung in St. Petersburg**. Bereits seit 20 Jahren vertreibt Zeppelin in Russland Maschinen und Motoren der Marke Caterpillar, die im Bau, Bergbau, Öl- und Gasindustrie eingesetzt werden. Die Zeppelin GmbH investierte rund 17 Millionen Euro in eine moderne Servicewerkstatt, Ersatzteillager und ein neues Bürogebäude und schafft dadurch 150 Arbeitsplätze.

Falls Sie Ihre Meldungen auch gerne in den OEI veröffentlichen möchten, senden Sie uns eine Mail an: C.Himmighoffen@bdi.eu



Mitte Juni tagte in Berlin die Mitgliederversammlung des OAOEV.

OAOEV-Gremien neu besetzt

Anlässlich der Jahresmitgliederversammlung tagten am 12. Juni im Berliner Humboldt-Carré die Gremien des OAOEV und bestimmten neue Mitglieder für Vorstand und Präsidium. Cathrina Claas-Mühlhäuser wird neue stellvertretende Vorsitzende. Sie ist Vorsitzende des Aufsichtsrates des Familienunternehmens Claas und löst Carl Ludwig Theodor Wuppermann ab, der von den OAOEV-Mitgliedern mit viel Beifall in den „Unruhestand“ verabschiedet wurde. Einstimmig neu in den Vorstand gewählt wurden Dr. Christian Bruch, Mitglied des Vorstands der Linde AG, Klaus Helmrich, Mitglied des Vorstands der Siemens AG, und Andreas Schierenbeck, Vorsitzender des Vorstands der Uniper SE. Geleitet wurden die Gremiensitzungen von OAOEV-Vorstand Hans-Ulrich Engel, der für den kurzfristig verhinderten Vorsitzenden Dr. Wolfgang Büchele eingesprungen war. Neu in das OAOEV-Präsidium aufgenommen wurden Dr. Robert Kühn (Wuppermann AG), Martin Beumer (UniCredit Bank AG) und Ernest Jelito (HeidelbergCement AG). Neuer Sprecher des Arbeitskreises Südkaukasus ist Andreas Räschmeier (Giesecke + Devrient Currency Technologie), der Arbeitskreis Ukraine wird neu von Philip Sweens (HHLA International GmbH) geleitet. Zudem wurden 16 neue Mitgliedsunternehmen aufgenommen.

Neue OAOEV-Mitglieder

- Aachener Printen- und Schokoladenfabrik Henry Lambertz GmbH + Co. KG
- BMW Russland Trading OOO
- Brückner Maschinenbau GmbH & Co. KG
- EnviroChemie OOO
- Festo Didactic SE
- G. Heinemann Medizintechnik GmbH
- Gebrüder Weiss Gesellschaft m.b.H.
- HOCHTIEF Projektentwicklung GmbH
- HTES GmbH
- Intercus GmbH
- Mazars Rechtsanwalts-gesellschaft mbH
- OPASCA GmbH
- pei tel Communications GmbH
- Umarex GmbH & Co. KG
- UNION TANK Eckstein GmbH & Co. KG
- Wintershall Dea GmbH

LÄNDERNEWS

Albanien/Nordmazedonien

Nordmazedonien und Albanien müssen trotz einer positiven Empfehlung der EU-Kommission **weiter auf den Beginn der Verhandlungen über ihren EU-Beitritt warten**. Die für Europafragen zuständigen Minister aus den EU-Staaten konnten nicht wie ursprünglich vorgesehen grünes Licht für den Beginn der Gespräche geben. Grund waren Vorbehalte in Frankreich und den Niederlanden. Auch der Deutsche Bundestag hat noch keine Freigabe erteilt. Eine Entscheidung soll nun im Herbst getroffen werden.



Albanien muss sich noch gedulden, bis die EU-Fahne offiziell gehisst werden kann.

Kasachstan

Der Interministerielle Ausschuss (IMA) für Exportkreditgarantien hat **Deckungsmöglichkeiten für Geschäfte mit Kasachstan deutlich verbessert**. Dies betrifft vor allem Kreditgeschäfte. Bei Kreditgeschäften mit dem öffentlichen Sektor ist nunmehr keine Garantie des Finanzministeriums oder der Zentralbank mehr notwendig. Bei Kreditgeschäften mit dem privaten Sektor reichen nach internationalen Rechnungslegungsstandards erstellte und testierte Jahresabschlüsse. Kasachische Banken werden – nach entsprechender Prüfung – wieder als Sicherheitgeber akzeptiert.

Am 15. Juli trat in Kasachstan das **Gesetz über die Devisenregulierung und -kontrolle** in Kraft. Das neue Gesetz fördert die Nutzung der nationalen Währung (Tenge). Bisher konnten Transaktionen zwischen kasachischen Unternehmen und Filialen und Repräsentanzen ausländischer Unternehmen in Kasachstan noch in ausländischer Währung abgewickelt werden. Dies ändert sich nun. Es gilt eine dreijährige Übergangsfrist.

Russland

Im Juni 2018 wurden in Russland **Recycling-Gebühren auf Elektrofahrzeuge** eingeführt. Die Höhe dieser Gebühren betrug teilweise ein Vielfaches des eigentlichen Warenwerts und wurden bei der Verzollung der Waren fällig. Die unklaren gesetzlichen Regelungen und zahlreiche Änderungsanträge der betroffenen Unternehmen führten dazu, dass in einigen Fällen erhebliche Forderungen der russischen Zollbehörden aufliefen. Mit Beschluss vom 11. Juli wurde nun ein großer Teil dieser Gebühren rückwirkend abgeschafft. Der OAOEV hatte zuvor in Kooperation mit den betroffenen Unternehmen bei der russischen Regierung interveniert.

Zuwachs für die GRID-Initiative (German-Russian Initiative for Digitalization of the Economy): Zu den bislang 13 GRID-Mitgliedern gehören Unternehmensgrößen wie Siemens, SAP, Bosch und die Volkswagen Group sowie die Skolkovo Foundation, Rostelekom oder Rostech. Nun haben sich zwei weitere prominente Unternehmen angeschlossen: das russische Softwareunternehmen Kaspersky und Remondis. Mit GRID wollen Deutschland und Russland die Digitalisierung der Wirtschaft beider Länder vorantreiben. Gestartet wurde die Initiative unter anderem vom OAOEV und der AHK Moskau.

Deutsche Direktinvestitionen im Osteuropa (Top 10)

Die deutsche Bundesbank hat Ende April die Bestandsdaten (Stand Ende 2017) zu den deutschen Direktinvestitionen und den Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung im Ausland veröffentlicht. Unter den 29 OAOEV-Ländern rangiert Polen auf Platz eins vor Tschechien und Russland.

	FDI in Mrd. Euro *	Anzahl Unternehmen	Anzahl Beschäftigte in Tsd.	Jahresumsatz in Mrd. Euro
Polen	33,0	1.380	391	85,0
Tschechien	30,6	1.021	352	87,4
Russland	20,8	692	255	72,1
Ungarn	19,7	759	205	48,8
Rumänien	9,3	405	223	30,3
Slowakei	7,6	425	140	29,7
Bulgarien	3,1	143	52	8,6
Kroatien	2,8	143	34	6,7
Ukraine	2,4	110	73	5,2
Slowenien	1,9	126	22	5,8
OAOEV-Länder	135,8	5.643	1.846	391

* unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionen | Quelle: Deutsche Bundesbank

Ukraine

Die Ukraine und Georgien verständigten sich auf **Veränderungen im bilateralen Freihandelsabkommen**. Sie sollen es ermöglichen, im bilateralen Handel identische Ursprungsregeln für Waren und auch Bestimmungen des Regionalübereinkommens (PEM) über präferenzielle Ursprungsregeln für den gesamten Mittelmeerraum anzuwenden. So können ukrainische Hersteller Rohstoffe und Komponenten aus Georgien importieren, diese in der Ukraine verarbeiten und mit ukrainischen Ursprungszeugnissen zollfrei oder mit Präferenzzollsätzen nach Deutschland exportieren. Die Änderungen in dem Abkommen müssen noch ratifiziert werden.

Ungarn

Die ungarische Regierung will **mit Steuer-senkungen für mehr Wachstum und neue Jobs sorgen**. So wurde die Lohnsteuer ab Juli von 19,5 auf 17,5 Prozent reduziert. Gesenkt werden soll auch der Mehrwertsteuersatz für Beherbergungsleistungen auf fünf Prozent. Zudem solle die Steuerverwaltung verschlankt werden. Die ungarische Wirtschaft wuchs im ersten Quartal dieses Jahres mit 5,3 Prozent so stark wie seit 15 Jahren nicht mehr.

Der „Sex-Appeal“ der EU

Anlässlich des OAOEV-Jahresempfangs am 12. Juni rückten im Berliner Humboldt-Carré die Länder des westlichen Balkans in den Mittelpunkt. Die Keynote vor 200 Teilnehmern sprach der Premierminister von Nordmazedonien Zoran Zaev.



Nordmazedoniens Ministerpräsident Zaev war Gastredner der OAOEV-Jahresveranstaltung.

20 Jahre nach Ende der Kämpfe im Kosovo und der Begründung des Stabilitätspakts für Südosteuropa zogen verschiedene Gesprächsteilnehmer eine Bilanz des Reformprozesses in der Region. Premierminister Zoran Zaev beschrieb in seiner Keynote die seit 2017 erreichten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformenerfolge in Nordmazedonien und forderte die europäischen Regierungschefs dazu auf, den Weg für EU-Beitrittsgespräche baldmöglichst freizumachen.

Über 15 Jahre im Wartesaal

Seit dem EU-Gipfel in Thessaloniki, der allen Staaten des westlichen Balkans 2003 eine EU-Perspektive eröffnete, habe sein Land über 15 Jahre im „Wartesaal“ der Geschichte verbracht. „Wir sind jetzt politisch und institutionell bereit und erfüllen zu 100

Prozent die Vorbereitungs-kriterien“. So habe seine Regierung den Kampf gegen Korruption vorangetrieben, das Rechtssystem, die Meinungsfreiheit und die demokratischen Institutionen insgesamt gestärkt und fühle sich vorbehaltlos den europäischen Werten verpflichtet. Diese Fortschritte hatte Ende Mai auch die EU-Kommission festgestellt und den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen empfohlen. Allerdings gibt es aktuell Bedenken gegen den Beginn der Beitrittsgespräche, unter anderem in den Niederlanden und Frankreich, aber auch in Deutschland.

„Eine Verschiebung des Beitrittsprozesses hat negative Auswirkungen auf die Stabilität in der Region“, warnte Zaev. Die Dynamik des Reformprozesses in seinem Land und die Umsetzung des Abkommens mit

Griechenland könnten ins Stocken geraten und der Nationalismus in der Region angefangen werden. Erst im Juni 2018 hatte Zaev mit dem griechischen Premier Alexis Tsipras das historische Prespa-Abkommen unterzeichnet, das griechische Widerstände gegen eine EU- und NATO-Mitgliedschaft beseitigte. Die Verfassung wurde geändert und der Name Nordmazedonien als neue Landesbezeichnung festgeschrieben.

Es gehe darum, den „Sex-Appeal“ der EU zu erhalten, die versprochene EU-Perspektive mit Leben zu füllen und dadurch die Reformkräfte in der ganzen Region weiter zu motivieren. Darüber werde er auch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel sprechen, die sich als Initiatorin des Berlin-Prozesses in besonderer Weise für die Region engagiert habe. Zaev, der eigens auf Einladung des OAOEV nach Deutschland gereist war,

wurde von einer großen Delegation begleitet, der auch Vize-Premierminister Kocho Angjushev angehörte.

Engel würdigt Reformfortschritte

Für den OAOEV würdigte Vorstandsmitglied Hans-Ulrich Engel die erzielten Reformfortschritte in Nordmazedonien und kündigte die weitere entschiedene Unterstützung der deutschen Wirtschaft für den EU-Beitrittsprozess Nordmazedoniens und anderer Länder der Region an. „Sehr geehrter Herr Premierminister, der europäische Traum lebt. Er ist für Ihr Land lebendiger als jemals zuvor, dank Ihres Engagements“, sagte Engel. Gemeinsam mit seinem griechischen Amtskollegen sei es Zaev gelungen, die Diskussion um den Namen des Landes zu befrieden. Zudem habe er nach zuvor 18 Jahren Verhandlungen einen Freundschaftsvertrag mit Bulgarien erreicht. Wer diesen „Gordischen Knoten“ durchschlagen könne, der werde auch den „steinigen Weg“ zur EU-Mitgliedschaft zu einem erfolgreichen Ende bringen.

Wirtschaftliche Erfolge im Zuge der Angleichung an EU-Standards seien in der Region bereits deutlich erkennbar. So seien bereits mehr als 900 Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung im westlichen Balkan aktiv. Diese hätten dort bereits mehr als 110.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Engel erinnerte in seiner Rede auch an den Abschluss des Stabilitätspaktes für Südosteuropa vor 20 Jahren. Dieser wurde am 10. Juni 1999 in Köln begründet und sollte damals nach einem Jahrzehnt bewaffneter Konflikte eine neue Entwicklungsperspektive für den westlichen Balkan eröffnen. „Wir sind sehr stolz darauf, dass der Ost-Ausschuss damals Verantwortung übernommen hat. Er beteiligte sich im Rahmen des Stabilitätspaktes an der Gründung eines Business Advisory Council und koordinierte dessen Arbeit dann aktiv von Brüssel aus.“

Diskussionsrunde bilanziert 20 Jahre Stabilitätspakt

In der abschließenden Diskussionsrunde, an der neben Zaev die Generalsekretärin des Regional Cooperation Council Majlinda Bregu, das OAOEV-Präsidiumsmitglied Thomas Kremer (Deutsche Telekom AG) und die Leiterin der Abteilung Westlicher Balkan im Auswärtigen Amt Sabine Stöhr teilnahmen, ging es um eine Bilanz von 20 Jahren Stabilitätspakt. Moderiert wurde das Panel von Florian Bieber, Direktor des Zentrums für Südosteuropäische Studien der Universität Graz.

Bregu kritisierte in diesem Zusammenhang, dass in der EU immer noch von einer „Erweiterung Europas“ gesprochen werde. „Ich kann das Wort Erweiterung nicht mehr hören. Es geht nicht mehr um Erweiterung, sondern um die Vereinigung Europas, weil die EU ohne den Westlichen Balkan unvoll-

ständig ist“, so Bregu. Es sei jetzt wichtig, Wort zu halten und den Ländern den Weg in die EU zu öffnen. Bregu betonte außerdem die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit: „Getrennt können die Länder nicht bestehen.“

Kremer thematisierte die zunehmende Abwanderung aus der Region. „Die Leute brauchen Arbeitsplätze, damit sie im Lande bleiben und wirtschaftliches Wachstum hervorgerufen.“ Schlüssel zu einer Lebensperspektive in den Ländern sei die regionale Zusammenarbeit, so Stöhr. „Ich würde mir wünschen, dass die regionale Zusammenarbeit in fünf Jahren komplett aus der Region heraus gesteuert wird und Hilfe zur Konfliktbewältigung von außen nicht mehr benötigt wird.“

Andreas Metz

Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV



OAOEV-Vorstand Hans-Ulrich Engel begrüßte die 200 Gäste im Humboldt-Carré.

Deutsche Wirtschaft traf Präsident Selenskyj

Beim Antrittsbesuchs des neuen ukrainischen Präsident Wolodymyr Selenskyj Mitte Juni in Berlin stand auch ein Treffen mit deutschen Unternehmen auf dem Programm. Beide Seiten vereinbarten einen regelmäßigen Austausch.



Der OAOEV-Vorsitzende Büchele (re.) begrüßte den Präsidenten.

Am 18. Juni kam der neue ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj zu seinem Antrittsbesuch nach Berlin. Neben Gesprächen mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel stand auch ein Treffen mit deutschen Unternehmen auf dem Programm, das gemeinsam vom Ost-Ausschuss - Osteuropaverein (OAOEV), dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) organisiert wurde.

„Für uns ist es eine große Ehre, dass Sie so kurz nach Ihrem Amtsantritt nach Berlin gekommen sind und die Einladung zu diesem Gespräch angenommen haben“, sagte der OAOEV-Vorsitzende Wolfgang Büchele in seiner Begrüßung: „Dies beweist, dass wir enge Partner sind.“ Büchele gratulierte Selenskyj zu dessen überzeugendem Wahlsieg, der dem Präsidenten ein „überwältigendes Mandat“ gebe, sein Land weiter zu reformieren und „in eine gute, europäische Zukunft zu führen“. Dazu bot Büchele die Unterstützung der deutschen Wirtschaft an. „Wichtig ist aus Sicht von Investoren besonders ein durchsetzungsfähiges und unabhängiges

Justizsystem“, sagte der OAOEV-Vorsitzende: „Ein verlässlicher Rechtsrahmen und eine Gleichbehandlung von in- und ausländischen Investoren ist die Grundlage für eine vertiefte Zusammenarbeit.“ Aus Sicht des OAOEV gingen die Reformen in der Ukraine in die richtige Richtung.

Schutz für Investitionen

Im Gespräch mit den gut 25 Unternehmens- und Verbandsvertretern betonte Selenskyj seine Strategie, die Unabhängigkeit der Justiz und anderer Institutionen zu stärken, sich für eine effizientere und schlankere Verwaltung einzusetzen und die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern. Er stellte klar, dass Investitionen in der Ukraine geschützt seien und sich die im Land aktiven ausländischen Unternehmen auf die Unterstützung der Staatsführung verlassen könnten.

Neben der Agrarwirtschaft als Motor der ukrainischen Wirtschaft setzt der Präsident besonders auf Innovation und Digitalisierung. Hierfür kündigte er konkrete Verbesserungen für Bürger und Investoren an. Selenskyj und

die deutschen Unternehmensvertreter vereinbarten einen regelmäßigen Austausch zu Wirtschaftsthemen, unter anderem durch die Wiederbelebung des Investorenrates, der beim Präsidenten angesiedelt werden soll. Selenskyj warb außerdem um deutsche Investitionen in der Ost-Ukraine.

Kritikpunkte offen angesprochen

Offen sprach der Präsident häufig geäußerte Kritikpunkte an. Unabhängige und gut funktionierende Gerichte und Behörden, eine effizientere Verwaltung und reduzierte bürokratische Pflichten nannte er als Kernaufgaben, um das Investitionsklima im Land zu verbessern und mehr ausländische Unternehmen für ein Engagement in der Ukraine zu gewinnen. Dass das Interesse der deutschen Wirtschaft an der Ukraine grundsätzlich groß ist, hatte die Deutsch-Ukrainische Wirtschaftskonferenz mit rund 400 Teilnehmern im Herbst 2018 gezeigt, an der auch Bundeskanzlerin Merkel teilgenommen hatte.

„Aber die Ukraine kann noch viel mehr: Als größtes Flächenland Europas mit 45 Millionen Einwohnern hat sie das Potenzial, wirtschaftlich mindestens so erfolgreich wie Polen zu sein. Das muss unser aller Ziel sein“, sagte Büchele. 2018 lag der deutsch-ukrainische Handel erst bei sieben Milliarden Euro (+acht Prozent) – mit Polen waren es 118,4 Milliarden Euro. „Ich bin aber sicher, dass sich die bestehenden Bremsen in unseren Wirtschaftsbeziehungen lösen lassen und das Land eine große Chance für einen nachhaltigen Aufschwung hat“, sagte der OAOEV-Vorsitzende Büchele zum Abschluss des Austauschs: „Das erste Treffen mit Präsident Selenskyj hat dafür die richtigen Signale gesetzt.“

Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa im OAOEV

Wirtschaftsreformen zahlen sich aus

Sollte noch eine Regierung Zweifel hegen, dass entschlossene Wirtschaftsreformen sich nicht auszahlen, wird sie spätestens bei Usbekistan eines Besseren belehrt: Das Reformfeuerwerk der usbekischen Regierung seit dem Amtsantritt des Staatspräsidenten Shavkat Mirsijojew hat sich in den vergangenen zweieinhalb Jahren bereits inbarer Münze ausgezahlt. Allein der Handelsumsatz mit Deutschland ist seitdem um 60 Prozent gewachsen, viele deutsche Unternehmen prüfen neue Investitionen. Und die deutsche Wirtschaft ist nicht allein. Wettbewerber aus Russland, China, Südkorea, aber auch Kasachstan drängen verstärkt auf den usbekischen Markt.

Dass die kasachische Wirtschaft sich aktiv dem südlichen Nachbarn zuwendet, ist aus Sicht der deutschen Wirtschaft nur zu begrüßen. Zum einen wertet dies die Region Zentralasien als Gesamtmarkt auf. Zum anderen zeigt es, dass die Reformen der usbekischen Regierung auch die Nachbarn in Zugzwang setzen. Zugegebenermaßen ist Kasachstan bei den Rahmenbedingungen weiter als die übrigen Länder der Region. Ausruhen darf sich das Land aber nicht.

Daher ist es spannend zu beobachten, ob eine weitere Personalie für einen neuen Impuls in der Region sorgen wird. Nach beinahe 29 Jahren an der Spitze des Landes seit der Unabhängigkeit erklärte der erste kasachische Staatspräsident Nursultan Nasarbajew am 19. März 2019 seinen Rücktritt. Als sein Nachfolger wurde am 12. Juni 2019 der Interimspräsident und bisherige Präsident des kasachischen Senats Qassym-Schomart Toqajew vereidigt. Nasarbajew hat wie kein anderer die Entwicklung Kasachstans seit der Unabhängigkeit geprägt. Es bleibt die Frage, ob sein Nachfolger eigene Akzente setzen und gleichzeitig für die Stabilität in dem flächenmäßig größten Land der Region sorgen kann.

Zwar kann Kasachstan derzeit von den stabilen Preisen auf den Rohstoffmärkten profitieren. Es müssen aber bereits die Weichen für die Herausforderungen der Zukunft gestellt werden. Wo sieht sich Kasachstan im Spannungsfeld zwischen China und dem Westen? Wie kann das Land bei dem Thema Digitalisierung den Anschluss halten? Und wie will man dem Fachkräftemangel begegnen?

Bei all diesen Themen haben deutsche Unternehmen Lösungsansätze anzubieten. Einen wichtigen Stolperstein in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen konnten Deutschland und Kasachstan bereits aus dem Weg räumen: Die Hermes-Garantien stehen nach vielen Jahren erstmals wieder im vollen Umfang zur Verfügung. Der Interministerielle Ausschuss (IMA) für Exportkreditgarantien hat Deckungsmöglichkeiten für Geschäfte mit Kasachstan deutlich verbessert. Bei Kreditgeschäften mit dem öffentlichen Sektor war bis dato eine Staatsgarantie notwendig. Gerade für die mittelständischen Unternehmen ist dies eine sehr gute Nachricht.

Die drei übrigen Länder der Region, Kirgisistan, Turkmenistan und Tadschikistan, müssen aufpassen, nicht noch weiter abgehängt zu werden. Das Instrumentarium dazu, verschiedene Reformen und konsequente Verbesserungen der Rahmenbedingungen, steht für alle offen.



Manfred Grundke

Geschäftsführender Gesellschafter der Knauf Gruppe und Sprecher des Arbeitskreises Zentralasien im OAOEV

„Qualitativ neue Phase der Zusammenarbeit“

Im Interview mit den OEI spricht der neue Botschafter der Republik Kasachstan in Deutschland Dauren Karipov über die wirtschaftspolitischen Ziele des neuen Präsidenten und die Perspektiven der deutsch-kasachischen Wirtschaftsbeziehungen.



Dauren Karipov
Botschafter der Republik Kasachstan

Welche wirtschaftspolitischen Ziele verfolgt der neue kasachische Präsident?

Als wichtigste Priorität seiner Arbeit definierte der neu gewählte Präsident der Republik Kasachstan Kassym-Schomart Tokajew die Fortsetzung des Kurses des Ersten Präsidenten und Führers der Nation Nursultan Nasarbajew. Im Zentrum dieses Kurses stehen Werte, die nicht nur in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Landes, sondern auch langfristig von Bedeutung sind. Es geht um die Stärkung der Unabhängigkeit, die Entwicklung des Unternehmertums, die Unterstützung des Privateigentums, eine wirksame Sozialpolitik und natürlich um die Wahrung der interethnischen Harmonie.

Das Staatsoberhaupt hat als vorrangiges Ziel die weitere Umsetzung der Programme zur Modernisierung der kasachischen Wirtschaft und der fünf institutionellen Reformen von Nursultan Nasarbajew festgelegt, die darauf abzielen, einen professionellen Staatsapparat, Industrialisierung und Wirtschaftswachstum zu entwickeln, Rechtsstaatlichkeit, Identität und Einheit zu gewährleisten und einen rechenschaftspflichtigen Staat zu bilden.

Was waren die ersten konkreten Schritte des neuen Präsidenten?

Trotz seiner kurzen Amtszeit hat der Präsident der Regierung bereits eine Reihe von Anweisungen erteilt, um ein günstiges Geschäftsumfeld, eine wirksame Unterstützung des Unternehmertums durch attraktive Darlehens- und Steueranreize sowie den Schutz und die Entwicklung des Wettbewerbs sicherzustellen. Die Regierung wurde beauftragt, den Zugang inländischer Unternehmen zu in- und ausländischen Märkten auszubauen, die Entwicklung öffentlich-privater Partnerschaften sicherzustellen und die Präsenz des Staates in der Wirtschaft zu begrenzen. Besonderes Augenmerk sollte bei der Arbeit der Regierung auch auf die finanzielle Nachhaltigkeit der kasachischen Unternehmen und die Modernisierung des Systems der Hochschulbildung und der technischen Ausbildung gelegt werden.

Welche Bedeutung hat die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) für die kasachische Wirtschaft?

Kasachstan ist Initiator und aktiver Teilnehmer vieler Integrationsprozesse. Dies ist vor allem auf die geografische Lage des Landes fernab vom Meer zurückzuführen. Die Idee der eurasischen Wirtschaftsintegration wurde erstmals im Jahr 1994 durch Präsident Nasarbajew entwickelt. Die Grundvoraussetzung für eine Beteiligung Kasachstans an der EAWU ist deren ausschließlich wirtschaftliche Ausrichtung. Im Zuge der Arbeit am Charta-Vertrag haben wir bewusst davon abgesehen, die EAWU zu politisieren oder Fragen der nationalen Souveränität in deren Zuständigkeit aufzunehmen. Die EAWU befasst sich mit Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, basierend auf dem Grundsatz der Souveränität, Gleichheit und der Berücksichtigung der nationalen Interessen ihrer Mitgliedstaaten.

Welche konkreten Vorteile verspricht sich Kasachstan von der EAWU?

Im Kontext unserer kontinentalen „Isolation“ ist die Reduzierung der Transportkosten der wichtigste systemische Aspekt für das Wachstum der kasachischen Wirtschaft und ihre Diversifizierung. Vereinbarungen über den Zugang zur Infrastruktur und die Nutzung der Inlandstarife der Partnerländer für den Warentransport im Rahmen der EAWU ermöglichen es kasachischen Unternehmen, die Transportkosten zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte auf den Auslandsmärkten zu steigern. Die Bildung einheitlicher Märkte in einigen Wirtschaftsbereichen hat bereits dazu beigetragen, die Produktion kasachischer Produkte zu steigern, ihre Qualität zu verbessern, die Preise zu senken und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Auch die Vorteile der Arbeitnehmerfreizügigkeit sind für Bürger und Unternehmen bereits spürbar. Staatsangehörige der EAWU-Staaten können in jedem Mitgliedstaat arbeiten, ohne zuvor eine Arbeitserlaubnis zu beantragen. Bildungsabschlüsse werden gegenseitig anerkannt.

Welche Rolle spielt Deutschland als Wirtschaftspartner für Kasachstan?

2018 stieg der Handelsumsatz zwischen Kasachstan und Deutschland um 5,9 Prozent und erreichte einen historischen Wert von 5,1 Milliarden Euro. Kasachstan belegt Platz 51 unter den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands. Dabei ist unser Land der Hauptpartner Deutschlands in Zentralasien: Das Handelsvolumen unserer Länder machte 2018 mehr als 85 Prozent des gesamten Außenhandelsvolumens Deutschlands mit den Ländern der Region aus.

Mehr als 90 Prozent der deutschen Investitionen in die Wirtschaft Kasachstans entfallen auf den Nichtrohstoff-Sektor, insbesondere auf die verarbeitende und chemische Indust-

rie, die Herstellung von Baustoffen, den Verkehr und den agroindustriellen Komplex. Im vergangenen Jahr haben zum Beispiel Claas und der Akimat (Bürgermeisteramt) der Region Nordkasachstan einen Vertrag über den Bau eines Werks zur Herstellung von Landmaschinen mit nachfolgender Lokalisierung der Produktion unterzeichnet. Hervorzuheben ist auch die erfolgreiche Umsetzung des Projekts zum Bau des größten zentralasiatischen Solarkraftwerks mit einer Leistung von 100 Megawatt in der Stadt Saran unter aktiver Beteiligung deutscher Partner.

Wo sehen Sie noch besonderes Entwicklungspotenzial?

Vielsprechende Bereiche unserer Zusammenarbeit mit Deutschland sind die Rohstoff- und Technologiepartnerschaft, die industrielle Produktion, die Landwirtschaft, Transport und Logistik, Energieeffizienz und Energieeinsparung, die Einführung von Elementen der deutschen Plattform Industrie 4.0 in den Digitalisierungsprozess kasachischer Unternehmen sowie eine Zusammenarbeit im Rahmen der dualen Ausbildung und der Ausbildung von Fachkräften. Im April wurde im Rahmen des Treffens der deutsch-kasachischen Regierungsarbeitsgruppe „Handel und Wirtschaft“ eine Einigung über die Unterzeichnung einer Roadmap erzielt, welche die

Bereiche der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern systematisieren und Projekte in verschiedenen Wirtschaftssektoren befördern soll.

Insgesamt belegen diese Aktivitäten den Beginn einer qualitativ neuen Phase der handelspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten und ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einer planmäßigen und breitangelegten Umsetzung konkreter Wirtschaftsprojekte.

Die Fragen stellte
Christian Himmighoffen



Smart Transportation

Innovationen für Ihren Transportalltag. Mit Trailern und Aufbauten von Schmitz Cargobull zuverlässig ans Ziel kommen. Mit ausgezeichneten Innovationen noch wirtschaftlicher unterwegs. Heute und in Zukunft.
Mehr Infos: +49(0)2558 81-7001 oder www.cargobull.com

SCHMITZ CARGOBULL 
The Trailer Company.

Aktuelle Entwicklungen in Zentralasien

In der Region Zentralasien wird eine immer stärkere Kluft sichtbar. Auf der einen Seite stehen Kasachstan und Usbekistan, die dank Reformen gute Wirtschaftsperspektiven aufweisen. Auf der anderen Seite stehen Kirgisistan, Tadschikistan und zunehmend auch Turkmenistan.

Die Rahmendbedingungen sind auf den Weltmärkten gerade für alle Länder der Region günstig. Das BIP in der Region Zentralasien hat trotz einer kleinen Flaute zum Ende des Jahres 2018 ein Durchschnittswachstum von 4,8 Prozent erreicht. Vor allem Kasachstan konnte von den gestiegenen Rohstoffpreisen und Investitionen im Rohstoffsektor profitieren. Das Wachstum in Usbekistan verlangsamte sich vor allem durch die geringeren Privatkonsumausgaben etwas. Gleichzeitig profitierten Usbekistan, aber auch Tadschikistan und Kirgisistan von Rücküberweisungen aus dem Ausland. Usbekistan und Turkmenistan haben im Berichtszeitraum unter einem stärkeren Inflationsdruck gestanden. Für 2019 wird ein etwas moderateres Wachstum von 4,3 Prozent für die Region vorhergesagt.

Der bilaterale Handel Deutschlands mit der Region hat sich 2018 positiv entwickelt, was vor allem dem Handel mit Kasachstan und Usbekistan zu verdanken ist. Insgesamt hat der Handelsumsatz mit Zentralasien um drei Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zugelegt. Vor allem Kasachstan wirkt hier sowohl bei den deutschen Exporten (+11,3 Prozent) als auch bei den Importen (+3,9 Prozent) als Treiber. Die deutschen Exporte nach Usbekistan (+17,4 Prozent) konnten ebenfalls deutlich zulegen. Der Handel mit Turkmenistan, Tadschikistan und Kirgisistan war dagegen teils deutlich rückläufig. So musste bei Turkmenistan ein Rückgang von 58 Prozent sowohl bei den Ex- als auch bei den Importen verzeichnet werden.

In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres sieht das Bild sehr ähnlich aus. Usbekistan und Kasachstan weisen ein Plus bei den deutschen Exporten auf. Während Usbekistan weiterhin von der Öffnung und dem Neuheitsfaktor profitiert, kann Kasachstan auf die Wiederaufnahmen der Hermesdeckungen bauen.

Neben den hohen Rohstoffpreisen, sind vor allem die verstärkte regionale Zusammenarbeit und Investitionen in Infrastrukturprojekte als Konjunkturtreiber in der Region zu sehen. Gleichzeitig steigt im Zuge der chinesischen Belt & Road Initiative die Präsenz chinesischer Unternehmen in der Region. Negativ ist es vor allem bei der Verschuldung Tadschikistans und Kirgisistans gegenüber China zu beobachten, die teilweise bis zu 70 Prozent der Auslandsschulden der Länder beträgt. Dabei könnte die EU, als größter Handelspartner der Region, durchaus interessante Alternativen anbieten, zumal Brüssel in der Region weniger politische Ambitionen als China und Russland nachgesagt werden.

Spannend ist derzeit die Frage der Neuregelung an der Spitze des kasachischen Staates. Der Rücktritt Nasarbajew im März 2019 kam sowohl für das Aus- als auch das Inland überraschend. Umso mehr setzt der Nachfolger im Amt, Qassym-Schomart Toqajew, auf das Thema Stabilität. Seine ersten Handlungen richteten sich vor allem auf sozioökonomische Fragen im Inland. Aber auch im Ausland warb der Nachfolger für den Investitionsstandort Kasachstan. Usbekistan bleibt auch zwei Jahre nach dem Wechsel an der Spitze auf dem Reformweg. Das Reformtempo wird mittlerweile

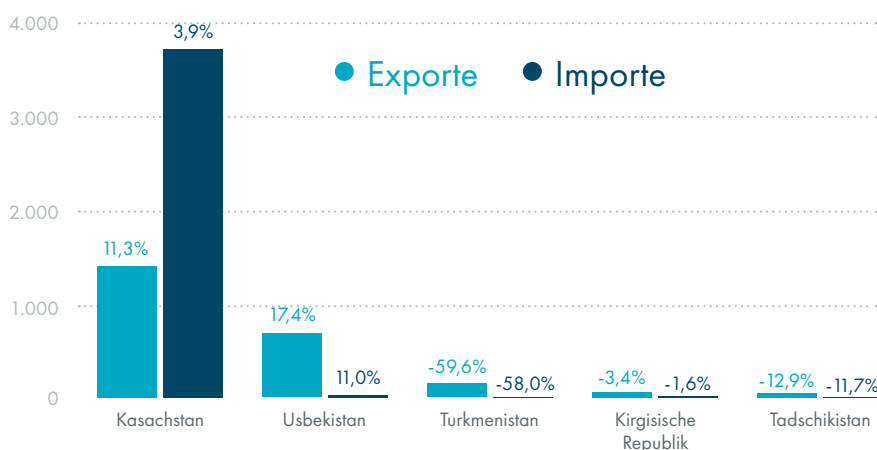
als zu hoch gesehen, für eine vollständige Umsetzung fehlt eine handlungsfähige Arbeitsebene. Vor allem im Vorfeld des Besuches des usbekischen Staatspräsidenten in Deutschland war die Dichte der Gespräche mit der usbekischen Regierung intensiv. Der Besuch wurde auch für die Unterzeichnung zahlreicher Verträge und Absichtserklärungen genutzt.

Die Entwicklung des deutsch-turkmenischen Handels spiegelt die wirtschaftliche Lage und die Devisenknappheit des Landes wieder. Nichtsdestotrotz hat Turkmenistan die Verbindlichkeiten gegenüber deutschen Unternehmen im Berichtszeitraum abbauen können. Das Land ist bestrebt, die Diversifizierung der eigenen Wirtschaft zu erreichen, es fehlen aber derzeit die finanziellen Mittel für weitreichende Investitionen. Die Einigung um den Status des Kaspischen Meeres, bei der Turkmenistan eine sehr konstruktive Rolle spielte, eröffnet für das Land durchaus neue Perspektiven im Gashandel, aber auch in Logistik. Positiv hervorzuheben sind Entwicklungen bei der Privatisierung, so beispielsweise in der Fischindustrie.

Eduard Kinsbruner

Regionaldirektor Zentralasien im OAOEV

Deutscher Handel mit Zentralasien 2018*



* Ex- und Importe in Mio. Euro; Veränderung in %. Quelle: Stat. Bundesamt

„Reise zur rechten Zeit“

Eine OAOEV-Delegation begleitete Bundespräsident Steinmeier Ende Mai nach Usbekistan. In Taschkent traf die Unternehmerdelegation Präsident Mirzijojew und Premier Aripow.

Eine 20-köpfige Unternehmensdelegation begleitete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Ende Mai auf seiner Reise nach Usbekistan. Für den OAOEV waren der Vorsitzende der Geschäftsführung Michael Harms und Vertreter vieler Mitgliedsunternehmen dabei. Präsident Shavkat Mirzijojew stellte bei einem Treffen mit den Unternehmensvertretern sein Reformprogramm vor und bekräftigte, dass dieses unumkehrbar sei und von der Bevölkerung unterstützt werde. Bei dessen Umsetzung sei die Rolle der Wirtschaft entscheidend.

„Konsequente Öffnungspolitik“

„Die neue usbekische Regierung hat mit einer konsequenten Öffnungspolitik und einem hohen Reformtempo die Weichen richtig gestellt“, sagte OAOEV-Geschäftsführer Harms: „Die Entwicklung im Land ist äußerst spannend und die Konkurrenz aus Fernost schläft nicht. Die Reise des Bundespräsidenten kommt daher genau zur rechten Zeit.“

Erst im Frühjahr hat Usbekistan einseitig die Visa-Pflicht für deutsche Staatsbürger abge-

schaft. Der Tourismus zählt neben der Chemieindustrie, dem Bausektor, der Infrastruktur und der Agrarwirtschaft zu den vielversprechenden Branchen. Das Land kann aber auch eine lange Tradition im Maschinen- und Fahrzeugbau vorweisen.

Parallel zur ersten Reise eines Bundespräsidenten nach Usbekistan seit vielen Jahren hat der OAOEV im Mai ein neues Praktikantenprogramm für junge Studierende aus Usbekistan gestartet (s. S. 14): Seit Mitte Mai hospitieren 13 Masterstudenten für drei Monate in OAOEV-Mitgliedsunternehmen. Das Praktikantenprogramm war anlässlich einer großen Delegationsreise des OAOEV im Mai 2018 in Taschkent direkt mit Premierminister Abdulla Aripov vereinbart worden.

Runder Tisch in Taschkent

Bei einem Runden Tisch mit Steinmeier und Aripov wurde das neue Praktikantenprogramm des OAOEV gelobt und ein enger Dialog und gemeinsame Projekte in den Bereichen Privatisierung, Infrastruktur,

Bankensystem, Technische Regulierung und Mittelstand vereinbart. Ziel ist es, den bilateralen Warenaustausch auf eine Milliarde Euro zu steigern. 2018 übertraf das bilaterale Handelsvolumen mit Usbekistan erstmals die Marke von 700 Millionen Euro, ein Plus von 17 Prozent. Davon entfielen 90 Prozent auf deutsche Exporte. Mit über 30 Millionen Einwohnern ist Usbekistan der größte Markt in Zentralasien, liegt aber im wirtschaftlichen Austausch mit Deutschland noch deutlich hinter Kasachstan zurück. Der deutsche Handel mit Kasachstan hatte 2018 ein Volumen von über fünf Milliarden Euro.

Christian Himmighoffen

Referent Presse und Kommunikation im OAOEV

Bilaterale Verträge unterzeichnet

Im Rahmen des Steinmeier-Besuchs unterzeichneten einige deutsche Unternehmen bilaterale Verträge, darunter VW, Integra, Siemens, Veridos, Mangold Consulting, Deutsche Kabel und die Deutsche Bahn. So schloss das usbekische Unternehmen Uz-Kor Gas Chemical mit Siemens einen langfristigen Wartungsvertrag. Der Münchner Konzern erhält demnach für die kommenden 14 Jahre den Auftrag für die Wartung von Gas- und Dampfturbinen im Gaschemiekomplex Ustyurt GCC bei Taschkent. Usbekistan plant zudem den Bau eines Produktionswerkes für Ausweisdokumente, SIM- und Bankkarten in Taschkent. Bei der Herstellung will Usbekistan auf das technologische Know-how des deutschen Unternehmens Veridos GmbH, eines Weltmarktführers bei der Lieferung von Identitätslösungen für Regierungen, zurückgreifen.



Die deutsche Delegation wurde von Präsident Mirzijojew begrüßt.

Junge Botschafter Usbekistans

Von Mai bis August sind die ersten Teilnehmer des Praktikumsprogramms der Deutschen Wirtschaft für Usbekistan in deutschen Unternehmen aktiv. Zu den Aktivitäten gehörte auch ein gemeinsamer Besuch in Berlin und beim OAOEV.

Shaknoza Khamraeva hat sich mittlerweile an das Leben in Deutschland gewöhnt. Die anfänglichen Sorgen sind verblasst, die bürokratischen Hürden sind gemeistert und auch das Essen schmecke ihr „richtig gut“, sagt die aufgeweckte junge Frau in ausgezeichnetem Englisch. Die 25-jährige Handelsrechtsstudentin aus der usbekischen Hauptstadt Taschkent absolviert seit April dieses Jahres ein Praktikum bei der Deutschen Telekom in Bonn. Neben dem Erstellen von Reden, Berichten und der Mitarbeit in einigen Forschungsprojekten, ist Shaknoza nun beispielsweise mit Limited Partnership vertraut - einem Konzept, welches es in dieser Form in Usbekistan noch nicht gibt.

Ansprechpartner für deutsche Unternehmen

Shaknoza ist eine von 13 Studierenden der ersten Generation des Praktikumsprogramms der Deutschen Wirtschaft für Usbekistan, das federführend vom Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) anlässlich einer großen Delegationsreise im Mai 2018 in Taschkent direkt mit dem usbekischen Premierminister Abdulla Aripov vereinbart worden ist. Usbekischer Kooperationspartner ist die staatliche Stiftung „El-Yurt Umidi“, die dem Ministerkabinet der Republik Usbekistan zugeordnet ist.

„Mit dem Programm setzen wir gleich drei wichtige Ziele um: Wir bieten Know-how-Transfer und Hilfe zur Selbsthilfe, bauen neue Netzwerke für die deutsche Wirtschaft auf und intensivieren den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Austausch zwischen unseren Ländern“, unterstreicht OAOEV-Geschäftsführer Harms. „Mit ihrer Rückkehr nach Usbekistan werden die Praktikanten zu wichtigen Ansprechpartnern für unsere Unternehmen.“ An dem neuen Praktikumsprogramm nehmen unter anderem die Unternehmen SAP, Mangold Consulting, Rödl & Partner, Knauf, GP

Günter Papenburg, Commerzbank, Ernst & Young und Schmitz Cargobull teil.

Eines Tages in einem großen deutschen Unternehmen zu arbeiten, das kann sich auch Agzamkhon Niyazkhodjaev sehr gut vorstellen. Große Unternehmen sind Agzamkhon nicht fremd, immerhin arbeitet er bereits seit mehreren Jahren neben seinem Wirtschaftsstudium beim russischen Mineralölkonzern Lukoil.

Bei seinem jetzigen Praktikum bei Siemens in Erlangen hospitiert der 30-jährige in der Öl- und Gas-Abteilung, wo er den Technologiekonzern bei seiner globalen Strategie unterstützt, indem er Reports über Zentralasien erstellt. „Sehr zufrieden“ sei er mit der Arbeit beim Praktikum, aber auch in der Umgebung gebe es viel zu sehen. Besonders das Schloss Neuschwanstein hat es ihm angetan. „Von großen Städten wie Berlin habe ich schon gehört, aber ich hätte nie

gedacht, dass es in Deutschland eine solche schöne Landschaft gibt“.

Treffen in Berlin

Ende Juni trafen sich Shaknoza, Agzamkhon und die elf weiteren usbekischen Nachwuchskräfte zu einem von Projektleiterin Alena Akulich organisierten Besuch in Berlin, wo neben Terminen in politischen- und kulturellen Institutionen, auch ein Besuch in der usbekischen Botschaft anstand. Botschafter Nabijon Kasimov wünschte den jungen Nachwuchskräften viel Erfolg für ihre berufliche Zukunft. Er sei davon überzeugt, dass durch das Praktikumsprogramm die „deutsch-usbekischen Beziehungen in Zukunft weiter gestärkt und gefestigt werden“.

Philip Jokic

Abschnitt Presse und Kommunikation im OAOEV



Projektleiterin Akulich (4.v.l.) mit den Stipendiaten und Botschafter Kasimov (Mitte)

Südkaukasus im Fokus

Mitte Juni fand in Berlin die Sommer-Sitzung des Arbeitskreises Südkaukasus mit Vertretern aus den Ländern und der Bundesregierung statt. Neuer Sprecher des Arbeitskreises wird Andreas Räschmeier.



Die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen in den Ländern Armenien, Aserbaidschan und Georgien standen im Zentrum der Sommer-Sitzung des Arbeitskreises Südkaukasus im Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV). Als Gäste konnte der OAOEV den Stellvertretenden Botschafter der Republik Aserbaidschan Marat Karagalinski sowie die Leiter der deutschen Wirtschaftsvereinigungen in Armenien und Georgien begrüßen. Die Teilnehmer hatten darüber hinaus die Möglichkeit, sich mit den Vertretern des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sowie des Auswärtigen Amtes auszutauschen.

Zunächst informierte OAOEV-Geschäftsführerin Kochlowski-Kadjaia über die Neubesetzung der Sprecherfunktion für den Länderkreis. Nach dem Ausscheiden von Albert Scheuer (HeidelbergCement) wird Andreas Räschmeier, ab dem 1. Oktober 2019 CEO der Veridos GmbH, die Sprecherfunktion im Arbeitskreis übernehmen.

Im Anschluss führte der aserbaidschanische Vize-Botschafter Karagalinski mit einem Überblick zu den gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklungen in Aserbaidschan ein. Bisher dominiert der Öl- und Gassektor die

Wirtschaft des Landes. Gleichwohl hat das Land begonnen, Strategien zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur zu entwickeln. Dazu setzt die Regierung in Baku gezielt auf die Verbesserung des Investitionsklimas, auf die Schaffung von Freien Wirtschaftszonen mit Steuervorteilen für Investoren und Ansiedlungen sowie auf vereinfachte Exportregeln. Schwerpunkte sind dabei unter anderem der Logistik- und Transportbereich, die verstärkte Unterstützung des Agrarsektors bei der Produktion von Obst und Gemüse für den heimischen Markt und den Export und der Bereich der petrochemischen Industrie. Ein gesteigertes Importinteresse hat das Land vor allem an technologisch fortgeschrittenen, innovationsstarken Produkten.

Positives Umfeld in Armenien

Die rund zwanzig Arbeitskreisteilnehmer nutzten im Anschluss die Gelegenheit zum intensiven Austausch mit dem Präsidenten sowie dem Geschäftsführer der Deutschen Wirtschaftsvereinigung in Armenien, Hasni Kosejian und Dietmar Stiel, sowie mit dem Geschäftsführer der Deutschen Wirtschaftsvereinigung in Georgien Thomas Kimmeswenger. Mit Blick auf Armenien gestaltet sich das Umfeld im Land nach dem politi-

schen Wechsel im vergangenen Jahr positiv. Besonders in Hinblick auf das Thema Korruptionsbekämpfung berichten viele Unternehmen von einem Wandel. Der Kampf gegen die Korruption, eine echte Gewaltenteilung, die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die Verbesserung der Umweltsituation seien die Prioritäten der neuen Regierung. Allerdings seien diese Entwicklungen noch stark von der Person des neuen Premiers abhängig und bedürften mittelfristig einer stärkeren institutionellen Verankerung. Diese könne mit deutscher und europäischer Unterstützung gelingen, so DWV-Präsident Kosejian.

Dietmar Stiel stellte im Anschluss die Potenziale des Landes in den Bereichen Fruchtverarbeitung und Agrarwirtschaft, in der Digitalwirtschaft sowie beim Tourismus vor, die auch am 10. Oktober 2019, im Rahmen eines Deutsch-Armenischen Wirtschaftsforums in Stuttgart präsentiert werden. Das Format wird gemeinsam durch den OAOEV und die Deutsche Wirtschaftsvereinigung in Armenien vorbereitet.

Armeniens Nachbar Georgien, so Thomas Kimmeswenger, konzentriert sich auf seine Scharnierfunktion zwischen Europa und Asien und sieht sich als wichtiges Bindeglied. Das Land stehe für ein liberales Handelsregime, eine transparente öffentliche Verwaltung, geringe Korruption sowie für eine geringe unternehmerische Steuerbelastung. Mit seinen Handelsabkommen können Exporteure aus Georgien heraus einen Markt mit etwa 2,8 Milliarden Menschen bedienen. In Georgien seien in den vergangenen Jahren viele gute Reformen entwickelt worden. Nun müsse das Land einen Schritt weiter gehen und die Früchte der Reformen in wirtschaftliche Entwicklung umsetzen.

Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa im OAOEV

Neue Perspektiven

Die Entwicklung Aserbaidschans hängt nach wie vor am Energiesektor. Doch die Regierung setzt auf die Diversifizierung der Wirtschaft und hat ein ehrgeiziges Reformprogramm eingeleitet.



Tobias Baumann

Geschäftsführender Vorstand
Deutsch-Aserbaidschanische
Auslandshandelskammer (AHK)

Aserbaidschan ist seit 3.000 Jahren das Land des Feuers und heute ein wichtiger Exporteur von Öl und Gas. Die Energiewirtschaft hat das Land nach der Unabhängigkeit 1991 reich gemacht. Zwei Jahrzehnte lang ging die Kurve stets nach oben. Dann folgte nach dem Ölpreisverfall 2015 eine harte Landung. Präsident Ilham Aliyev und seine Regierung haben 2016 umgehend reagiert und ein für das Land beispielloses Reformprogramm gestartet. Ein Aktionsplan 2020 trat in Kraft, eine neue Agentur zur Finanzmarktregulierung (FIMSA) nahm ihre Arbeit auf, zahlreiche Banken mussten schließen. Die öffentliche Verwaltung flankiert nun ein effizienter Dienstleister für Bürger und Unternehmen, die Asan Services.

Für die Wirtschaft des Landes sind Strategien und Programme zur Diversifizierung und für mehr Investitionen auf den Weg gebracht worden. Priorität genießen vor allem Agrar- und Ernährungswirtschaft, Maschinenbau, Tourismus, Logistik, Finanzdienste, Infor-

mationstechnik, Kommunalwirtschaft sowie Öl, Gas und davon abgeleitete Industrien. Ziel ist es, mehr Produktion zu etablieren und Exporte jenseits des Energiesektors zu steigern, um die Abhängigkeit vom Rohstoffsektor zu mindern.

Neben den Asan Services und der FIMSA sollen auch neue Agenturen für Lebensmittelsicherheit, Berufsbildung und die mittelständische Wirtschaft für bessere Standards sorgen. Ein Fonds für Kreditgarantien ist eingerichtet, um die heimische Wirtschaft bei Investitionen und Gründungen zu unterstützen. Eine eigens beim Präsidenten angesiedelte Agentur zur Reformanalyse prüft regelmäßig die Umsetzung der Reformpolitik. Die zahlreichen Maßnahmen katapultierten Aserbaidschan im jüngsten Doing-Business-Report der Weltbank von Platz 57 im Vorjahr auf Platz 25.

Unterdessen haben sich die Ölpreise und der Manat stabilisiert und die Wirtschaft wächst wieder. Während es 2018 noch bescheidene 1,8 Prozent waren, prognostiziert der Internationale Währungsfonds (IWF) für 2019 und 2020 mehr als drei Prozent Wachstum.

Erste Erfolge

Erste Erfolge lassen sich auch an den Bewertungen der internationalen Wirtschaft im Land ablesen. Im EU-Geschäftsklimabericht 2019, den die Deutsch-Aserbaidschanische AHK jährlich erstellt, wurden die ASAN Services, die Reformen im Zollwesen, auf dem Arbeitsmarkt und in der Steuerpraxis erneut als überwiegend gut bewertet. Es geht voran, aber Baustellen bleiben, und vieles braucht Zeit. Eine Agentur für Berufsbildung kann nicht innerhalb von zwei Jahren für ausreichend Fachkräfte sorgen. Die Erwartungen an mehr Transparenz auf dem Finanzmarkt, beim Thema Rechtssicherheit oder in der Ausschreibungspraxis sind traditionell sehr hoch.

Entscheidend für die Zusammenarbeit deutscher Firmen mit Aserbaidschan ist, dass Reformpolitik und Investitionsprogramme konsequent weitergeführt werden und Öl- und Gaspreise ein sicheres Fundament bilden. Daraus ergibt sich ein Bedarf, den deutsche Firmen bedienen können. Etwa 700 Millionen US-Dollar werden in den nächsten Jahren in 45 Agroparks und den Ausbau der Landwirtschaft fließen. Mehrere hundert Millionen US-Dollar sind für den Aufbau mehrerer Logistikzentren und die Freihandelszone am neuen Hafen Alat vorgesehen. 2,6 Milliarden US-Dollar wurden bereits für den Ausbau von Industriegebieten veranlagt. Eine weitere Milliarde soll folgen. Hier sind Maschinenbauer gefragt für Linien etwa in der Textil- und Nahrungsmittelproduktion und der Kunststoffindustrie. Auch beim Ausbau der Straßeninfrastruktur und der Eisenbahnstrecken sind große Investitionen nötig, wenn die vielzitierte Seidenstraße ihren Weg dauerhaft über Aserbaidschan finden soll. Perspektiven bietet auch der Gesundheitsmarkt, der für 2020 geplanten Krankenversicherungspflicht entgegensieht.

Das nächste „große Ding“ im Energiesektor

Investitionen von etwa 40 Milliarden US-Dollar hat das Projekt „Südlicher Gaskorridor“ (SGC) mit der Erschließung des Gasfeldes Shah Deniz II in den letzten Jahren generiert. Das nächste „große Ding“ im Energiesektor ist die erweiterte Exploration des Ölvorkommens Azeri-Chirag-Deepwater Guneshli (ACG). Bei allen Chancen, die die Reformpolitik bietet: Nach wie vor ist die Energiewirtschaft der Taktgeber und Motor des Landes. Öl- und Gasausrüster, Hersteller von Bohrern und Kompressoren, Logistik und Umweltechnik können sich als Partner anbieten. Die bilateralen Handelszahlen lassen jedenfalls noch Raum für Phantasie.

Georgiens makroökonomische Lage im Licht russischer Sanktionen

Im Juni verkündete Russland ein Verbot für Direktflüge von und nach Georgien. Das Verbot wird nicht nur den Tourismussektor stark treffen, sondern aufgrund der Bedeutung dieses Sektors auch gesamtwirtschaftliche Effekte haben.

Am 21. Juni verkündete die russische Regierung ein Verbot von Direktflügen von und nach Georgien, das am 8. Juli in Kraft trat. Das Verbot war eine Reaktion auf Proteste gegen einen russischen Parlamentsabgeordneten in Tiflis, nachdem dieser im georgischen Parlament (auf Russisch) vom Sitz des Parlamentssprechers aus gesprochen hatte. Georgien und Russland geben sich gegenseitig die Schuld am Geschehen, was letztendlich in den russischen Sanktionen gipfelte. Aktuell ist unklar, wie lange diese Sanktionen bestehen bleiben und ob weitere folgen werden. Nimmt man an, dass das russische Flugverbot für das gesamte Jahr 2019 bestehen bleibt, wird dies die georgische Wirtschaft empfindlich treffen.

Vor den russischen Sanktionen wurde das BIP-Wachstum für 2019 auf 4,6 Prozent geschätzt. Nun erwarten wir, dass das Wirtschaftswachstum mit nur 3,6 Prozent um einen Prozentpunkt geringer ausfallen wird. Sollten die russischen Sanktionen auch im kommenden Jahr in Kraft bleiben, erwarten wir auch für 2020 einen Verlust von mindestens einem Prozentpunkt für das BIP-Wachstum.

Währung unter Druck

Erwartungsgemäß hatte die Ankündigung der russischen Sanktionen Auswirkungen auf den Kurs des Lari, der bereits seit einiger Zeit unter Druck stand. Seit dem 21. Juni wertete der Lari gegenüber dem US-Dollar um 4,5 Prozent ab, was die mit den Sanktionen verbundene Unsicherheit widerspiegelt. So wird die Inflation 2019 wahrscheinlich höher als die zuletzt erwarteten 3,8 Prozent ausfallen.

In den letzten Jahren hatte sich das georgische Leistungsbilanzdefizit stetig verringert und betrug 2018 „nur“ 7,9 Prozent des BIP. Dazu hatte insbesondere das starke Wachstum von Dienstleistungsexporten (vor allem



Der Tourismus spielt in Georgien eine wichtige Rolle.

im Tourismus) sowie von Rücküberweisungen beigetragen. Dieser positive Trend wird nun jedoch infolge ausbleibender russischer Touristen an Schwung verlieren oder gar rückläufig sein. Im Jahr 2018 hatten diese 20 Prozent der Besucher des Landes ausgemacht. Auch wenn die meisten russischen Touristen mit dem Auto kommen, lassen vor allem diejenigen, die mit dem Flugzeug anreisen, das meiste Geld im Land, und diese werden nun fehlen.

Die umsichtige georgische Fiskalpolitik führte 2018 zu einem Haushaltsdefizit von 2,5 Prozent des BIP. Es ist zu erwarten, dass das Defizit 2019 höher ausfallen wird. Dies lässt sich einerseits durch einen Anstieg in den öffentlichen Investitionen erklären, da es im letzten Jahr zu Verzögerungen gekommen war. Andererseits wird es im Zuge der russischen Sanktionen zu Steuerausfällen kommen. Damit wird das Defizit automatisch höher ausfallen, wenn es bei den geplanten Ausgaben bleiben sollte. Wahrscheinlich werden diese aber sogar noch ansteigen, da die Regierung dem Tourismussektor bereits ihre Unterstützung zugesichert hat.

Die russischen Sanktionen werden nicht nur den Tourismussektor, sondern die gesamte Wirtschaft treffen. Die Auswirkungen werden jedoch überschaubar bleiben, was vor allem der umsichtigen Geld- und Fiskalpo-

litik in den letzten Jahren im Rahmen des IWF-Programms zu verdanken ist. Dies zeigt einmal mehr, dass sich eine umsichtige Wirtschaftspolitik bezahlt macht. Der Ausblick ist unsicher. Noch ist unklar, wie lange die Sanktionen in Kraft bleiben werden, oder ob diese sogar ausgeweitet werden. So haben russische Behörden bereits stärkere Kontrollen bestimmter georgischer Weinunternehmen, die nach Russland exportieren, angekündigt.

Die neuesten Entwicklungen zeigen deutlich, dass die Diversifizierung der Wirtschaft von höchster Bedeutung ist. Aktuell ist Georgien zu stark von Dienstleistungen, insbesondere vom Tourismus, abhängig. Daher sollten die Industrie und der Lebensmittelsektor weiterentwickelt werden, um die Wirtschaft breiter aufzustellen.

Niklas Dornbusch

Analyst

Dr. Ricardo Giucci

Geschäftsführer

Berlin Economics

Der Text ist eine leicht gekürzte Fassung des Newsletters Nr. 29 (Juli-August 2019) des German Economic Team Georgien (GET Georgien), das die georgische Regierung seit 2014 zu wirtschaftspolitischen Fragen berät.

Effizienzpartnerschaft vereinbart

Auf dem St. Petersburg International Economic Forum 2019 zeigten deutsche Wirtschaft und Politik gemeinsam Flagge. Ein wichtiges Ergebnis ist die Vereinbarung einer deutsch-russischen Effizienzpartnerschaft, für die sich der OAOEV stark gemacht hatte.

Auf dem diesjährigen St. Petersburg International Economic Forum (SPIEF) vom 6. bis 8. Juni 2019 waren deutsche Unternehmen so stark präsent, wie viele Jahre nicht mehr. Erstmals seit Beginn der Ukraine-Krise 2014 nahm mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier auch wieder ein Mitglied der Bundesregierung am wichtigsten Wirtschaftsforum Russlands teil. Begleitet wurde er von einer großen Wirtschaftsdelegation, der viele OAOEV-Mitgliedsunternehmen angehörten.

Altmaier warb in St. Petersburg für mehr wirtschaftliche Kooperation zwischen Deutschland und Russland und um eine Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zwischen beiden Ländern. Im Rahmen seines Besuches unterzeichnete er gemeinsam mit dem russischen Wirtschaftsminister Maxim Oreschkin eine Vereinbarung zu einer Deutsch-Russischen Effizienzpartnerschaft, die der OAOEV mit vorbereitet hatte.

Hintergrund ist ein von der russischen Regierung ins Leben gerufenes Programm zur Steigerung der Effizienz und Produktivität in der russischen Industrie, mit dem der russische Staat Unternehmen im Bereich industrieller Lösungen, Abbau von Barrieren in der Verwaltung, Aus- und Weiterbildung, Kooperationen mit Banken sowie Digitalisierung/Automatisierung unterstützen will. Die Effizienzpartnerschaft sieht enge Kooperationen zwischen Unternehmen vor, Schwerpunkte sind Technologien zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Modernisierung industrieller Anlagen, der Etablierung effizienter Abläufe in der gesamten Wertschöpfungskette, der Aus- und Weiterbildung sowie der Digitalisierung und Industrie 4.0.

Diskussionsrunde zur Verbesserung der Konnektivität

Auf dem vom OAOEV im Rahmen des Pe-

tersburger Wirtschaftsforums organisierten Panel „Germany-Russia: Strategic future areas for more connectivity in Europe“ verwies Minister Altmaier auf die geostrategische Bedeutung der europäisch-russischen Beziehungen. Er bezeichnete die Beziehungen als „Imperativ der Stabilität unserer Region in Europa“ und sieht hierin die einzige Perspektive für dauerhaftes Wachstum in Europa. Die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig fand klare Worte für die Umsetzung von Nord Stream 2. Die weiteren Podiumsteilnehmer aus deutschen und russischen Unternehmen beschrieben die Chancen für eine Zusammenarbeit in den Bereichen Zukunft der Mobilität, Digitalisierung, Industrie 4.0 und Künstliche Intelligenz.

Das Thema der Diskussion ging auf das im Frühjahr veröffentlichte OAOEV-Positionspapier zurück, das unter dem Titel „Neue Agenda für die europäisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen“ 15 Themenfelder für Zukunftsprojekte beschreibt. Die Reise von Wirtschaftsminister Altmaier nach Russland war für die deutsche Wirtschaft ein klares

Signal, dass Deutschland seine Beziehungen zu Russland verbessern will. Die deutsche Wirtschaft erhofft sich hier neue Impulse nach fünf Jahren Russlandsanktionen.

Im Rahmen des SPIEF vereinbarte der OAOEV zudem eine engere Kooperation mit dem größten russischen Energiekonzern Rosneft. Eine entsprechende Erklärung wurde von Rosneft Vize-Präsident Andrej Schischkin und dem Vorsitzenden der OAOEV-Geschäftsführung Michael Harms unterzeichnet. Sie umfasst insbesondere die Bereiche Energieeffizienz, den Einsatz effektivster Methoden zur Förderung von Rohstoffen, die Automatisierung und Digitalisierung der Produktion und innovative Technologien. In vielen dieser Bereiche sind deutsche Unternehmen Weltmarktführer. Diesen wird es durch die Vereinbarung erleichtert, neue Projekte mit Rosneft anzubahnen.

Dr. Christiane Schuchart

Regionaldirektorin Russland im OAOEV



Diskussionsrunde mit Ministerin Schwesig (3.v.li.) und OAOEV-Präsidiumsmitglied Mangold (Mitte)

Unterwegs zwischen drei Meeren

Anfang Juni fand in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana das vierte Gipfeltreffen der Drei-Meeres-Initiative (3SI) statt. An dem begleitenden Wirtschaftsforum beteiligte sich in diesem Jahr erstmals auch eine Wirtschaftsdelegation des Ost-Ausschuss – Osteuropaver eins.



Eröffnung des Wirtschaftsforums der Drei-Meeres-Initiative in Ljubljana

Die Drei-Meeres-Initiative wurde im Jahr 2015 ins Leben gerufen. Als Initiatoren gelten die kroatische Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic und der polnische Präsident Andrzej Duda. Ziel der Initiative ist die Verbesserung der Infrastruktur und der Energieversorgung sowie eine verstärkte Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. Beteiligt sind zwölf mittelost- und südosteuropäische Staaten zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer. Zudem haben sich die USA als Partner stark für die Initiative engagiert. Bisher fanden drei Gipfeltreffen in Dubrovnik (2016), Warschau (2017) und Bukarest (2018) statt.

Deutschland ist im Gegensatz zu Österreich bislang nicht Teil der Initiative, aber an einer stärkeren Zusammenarbeit interessiert. 2018 nahm Bundesaußenminister Heiko Maas als Beobachter teil, in diesem Jahr reiste Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier als Gast nach Ljubljana. Auch Jean-Claude Juncker, scheidender Präsident der Europäischen Kommission, zählte zu den Teilnehmern.

Am begleitenden Wirtschaftsforum in Ljubljana nahmen 600 Teilnehmer aus 44 Ländern teil. Inhaltlich standen die Themen Energie, Innovationen, Digitalisierung und

Transport im Vordergrund. Bekannt wurde während des Forums die Gründung eines Investitionsfonds, der am 6. Juni 2019 in Luxemburg seine Arbeit aufnahm. Mit Hilfe des Fonds sollen Projekte im Bereich Infrastruktur, Energie und Digitales realisiert werden. In einem Bericht von Germany Trade and Invest wird das mögliche Investitionsvolumen auf 1,1 Billionen Euro geschätzt.

Ausbau der Infrastruktur

Von besonderer Bedeutung ist der Ausbau der Infrastruktur in Nord-Süd-Richtung von der Ostsee bis zum Mittelmeer. Zu den Prioritäten im Infrastrukturbereich zählen die Rail Baltica, eine schnelle Eisenbahnverbindung von Warschau aus durch die baltischen Staaten, sowie die Via Carpathia. Diese Autobahn soll das litauische Klaipeda mit dem griechischen Thessaloniki verbinden. Es handelt sich hier um Investitionen im Milliardenbereich.

Ein weiteres Ziel besteht in der Diversifizierung der Energieimporte mit Hilfe von Flüssiggas. Insbesondere die LNG-Terminals im polnischen Swinoujce und dem kroatischen Krk sollen dabei helfen. Zudem ist der Bau eines schwimmenden LNG-Ter-

minals in der Nähe von Gdansk geplant. Die Länder könnten außerdem mittels der Baltic Pipe norwegisches Erdgas beziehen.

Für die Bundesrepublik sind die zwölf teilnehmenden Länder der Drei Meeres Initiative Top-Wirtschaftspartner, deren Außenhandel sich mit Deutschland im Jahr 2018 auf insgesamt 468 Milliarden Euro summierte. Auch wenn man den Anteil Österreichs von 107 Milliarden Euro herausrechnet, ist damit der deutsche Außenhandel mit den elf Ländern Südost- und Mitteleuropas mit 361 Milliarden Euro größer, als der deutsche Handel mit den USA und Frankreich zusammengenommen. Für acht dieser elf Länder ist die Bundesrepublik der größte Handelspartner.

Der OAOEV wird auch in Zukunft die Aktivitäten im Rahmen dieser Initiative gerade mit Blick auf unternehmensrelevante Projekte beobachten. Bereits jetzt ist eine Projektliste verfügbar, auf die sich die Länder geeinigt haben und die bei der Geschäftsführung abgerufen werden kann.

Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa im OAOEV

„Das westliche Ende der Seidenstraße“

In Kooperation mit dem OAOEV organisierte die Kühne Logistics University Anfang Juni einen „Botschaftertag Osteuropa“. Hamburg empfahl sich dabei als Drehscheibe für den Handel mit dem östlichen Europa und Asien



OAOEV-Präsidiumsmitglied Schöne begrüßte die Gäste in Hamburg.

Das Thema Logistik und der Logistikstandort Hamburg standen im Mittelpunkt des Botschaftertages Osteuropa, den der OAOEV Anfang Juni gemeinsam mit der Kühne Logistics University (KLU) in Hamburg veranstaltete. Schon früh am Morgen war dazu rund ein Dutzend Botschafter und Botschaftsvertreter aus den OAOEV-Partnerländern mit der Deutschen Bahn von Berlin nach Hamburg aufgebrochen, wo am Vormittag zunächst ein Empfang in der 2010 gegründeten Privatuniversität in der HafenCity auf dem Programm stand. Daran nahmen auch General- und Honorarkonsuln aus Hamburg und Vertreter von OAOEV-Mitgliedsunternehmen teil.

Kompetenzzentrum für Logistik

Begrüßt wurden die Gäste von KLU-Präsident Thomas Strothotte und OAOEV-Präsidiumsmitglied Edna Schöne (Euler Hermes). „Keine andere Stadt in Deutschland hat als globale Verkehrsdrehscheibe und als Tor zum Osten eine derart große Bedeutung wie Hamburg“, sagte Schöne: „Gleichzeitig ist Hamburg für viele unserer Partnerländer in Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien das Tor zur Europäischen Union.“ Dabei sei Hamburg nicht bloß ein Umschlagplatz für Güter, sondern

ein Kompetenzzentrum für Logistik und Logistikmanagement.

Ein Teil dieses Logistikclusters ist die KLU, die deren Präsident Strothotte vorstellte. 24 Professoren unterrichten hier 350 Studierende, davon die Hälfte aus dem Ausland. Die von der Kühne Stiftung unterstützte Privathochschule bietet Studiengänge und Weiterbildungsangebote im modernen Logistikmanagement mit den Schwerpunkten Digitalisierung und Nachhaltigkeit an. Dazu gehört auch ein internationaler MBA in Kooperation mit Universitäten in den USA und China. Die KLU unterhält zudem ein Netz von 50 Partneruniversitäten weltweit, darunter 15 in Osteuropa. Zwei bulgarische Absolventen berichteten den Diplomaten aus Osteuropa über ihre Erfahrungen an der Universität und hoben dabei insbesondere die internationale Ausrichtung der Logistik-Uni hervor.

Neuausrichtung der Handelswege

In ein hochaktuelles Logistikthema, nämlich die Herausforderung der Belt & Road-Initiative (BRI) für europäische Häfen, führte Michele Acciaro, Professor für maritime Logistik an der KLU und Director des

Hapag-Lloyd Centre for Shipping and Global Logistics, die Teilnehmer in seinem Fachvortrag ein. Mit dem weltumspannenden Projekt richte China die internationalen Handelswege neu aus und investiere dabei auch in strategisch wichtige Häfen in Europa. Insgesamt ist China bereits an 15 Container-Terminals in Europa beteiligt, darunter Piräus, Rotterdam und Valencia. Für Europa gehe es nun darum, eine konstruktive Antwort auf diese chinesische Infrastrukturinitiative zu finden.

Von der Theorie in die Praxis

Von der Theorie in die Praxis führte die anschließende Hafenrundfahrt, in der Felix Kasiske, Managing Director der Hamburg Port Consulting (HPC), den Diplomaten den Hamburger Hafen als „westliches Ende der Seidenstraße“ präsentierte. China sei bereits heute vor Singapur und Russland der mit Abstand wichtigste Handelspartner des nach Rotterdam und Antwerpen drittgrößten europäischen Containerhafens. Kasiske hob insbesondere die Bedeutung Hamburgs als See- und Eisenbahnhub mit guter Anbindung nach Osteuropa hervor: „Die Ausrichtung von Hamburg geht ganz klar Richtung Osten“, sagte er.

Ein Senatsempfang im Hamburger Rathaus durch den Hamburger Finanzsenator Andreas Dressel bildete den Abschluss des Botschaftertages. Auch Dressel betonte, wie eng Hamburg durch den Hafen mit Osteuropa verbunden sei.

Christian Himmighoffen

Referent Presse und Kommunikation im OAOEV

„Ich will meiner Heimat etwas zurückgeben“

Am 26. Juni wurde der 16. Jahrgang des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für den Westlichen Balkan im Rahmen eines Abendempfangs in Berlin begrüßt. Über 70 Stipendiaten traten anschließend ihre Praktika in deutschen Unternehmen an.

Ein wenig aufgeregt ist der 22-jährige Fanol Sheji aus Albanien schon. Kein Wunder, denn das Praktikum bei der Deutschen Bahn-Tochter DB Engineering & Consulting in Leipzig ist nicht nur sein erster längerer Auslandsaufenthalt, sondern auch sein erster „richtiger Job“. Der angehende Bauingenieur aus Tirana, der in der nordmazedonischen Grenzstadt Struga aufwuchs, wurde als einer von 74 Stipendiaten des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans ausgewählt.

Alein in diesem Jahr gab es 1.300 Bewerbungen aus den sieben Partnerländern: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien. Umso erfreuter ist Fanol, dass es bei ihm geklappt hat und er bis Ende des Jahres in der Verkehrsanlagenplanung tätig sein wird. Besonders bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass in Albanien seit 2016 der staatliche Eisenbahnverkehr aus wirtschaftlichen Gründen faktisch abgeschafft wurde - Fanol hofft jedoch auf Veränderungen in seinem Heimatland: „Vielleicht kann ich ja irgendwann den Wiederaufbau mitgestalten“.

2019 geht das Programm bereits in die 16. Runde

Das Programm, das 2019 in seine 16. Runde geht, wird seit 2003 federführend vom OAOEV in Kooperation mit der Zoran Djindjic Stiftung sowie der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), durchgeführt und hat bereits über 700 Nachwuchskräften ein Praktikum in verschiedensten deutschen Unternehmen in Deutschland ermöglicht. Davon profitieren sowohl die Studierenden als auch die Unternehmen. Die Führungskräfte von morgen können zudem einen wichtigen Beitrag zum „Berliner Prozess“, der Heranführung der Westbalkanstaaten an



Angela Nastevska (Mitte) mit Stipendiaten und Projektleiterin Antje Müller (r.) beim Empfang

die EU, beitragen. „Mit dem Programm stärken wir nicht nur die Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern des Westbalkans, sondern das Alumni-Netzwerk leistet auch einen Beitrag zu Vertrauen und Kooperation der zukünftigen Generationen innerhalb der gesamten Region. Damit tragen wir auch zum Vermächtnis des Namensgebers Zoran Djindjic bei, der sich letztlich mit seinem Leben für ein vereintes Europa eingesetzt hat“, sagt BMZ-Abteilungsleiterin Claudia Warning.

Anfang Juli starteten die Praktika

Bevor die Stipendiatinnen und Stipendiaten das Praktikum antraten, nahmen sie an einer ereignisreichen Einführungswoche in Berlin teil, bei der sie Vertreter aus Politik und Wirtschaft trafen und durch Workshops auf das Leben und Arbeiten in Deutschland vorbereitet wurden. Den Höhepunkt der Woche bildete der feierliche Empfang im Berliner Zeitungsviertel, bei dem die Nachwuchskräfte unter anderem von Ruzica Djindjic, der Direktorin der Zoran Djindjic Stiftung, und OAOEV-Vorstandsmitglied Philip Haußmann (Ernst Klett AG) begrüßt wurden. Mit den Worten Zoran Djindjics „There are no big changes without big efforts“, erinnerte Haußmann in seiner Rede an den 2003 ermordeten Premierminister Serbiens und ermutigte die Stipendiaten, dessen demokratische Visionen fortzuführen: „Djindjic glaubte immer daran, dass die jungen Generationen Grenzen überwinden können“.

Aus Skopje nach Schwaben

Zu den geladenen Gästen gehört auch die Stipendiatin Angela Nastevska. Die 21-jährige Mazedonierin studiert in ihrer Heimatstadt Skopje Maschinenbau. In den kommenden Monaten wird sich ihr Leben im beschaulichen schwäbischen Ort Abstatt abspielen, wo sie bei Bosch tätig sein wird. In einer Manufaktur hat Angela bereits praktische Erfahrungen gesammelt, jedoch liebäugelt sie auch mit einer Karriere in der Wissenschaft. Durch das Praktikum erhofft sie sich gewinnbringende Erfahrungen in die Heimat „mitnehmen“ zu können, die für die mazedonischen Unternehmen von großem Wert sein können. Den Brain-Drain empfindet sie als „sehr frustrierend“, denn fast alle ihre Freunde sind mittlerweile nach Westeuropa gezogen. „Die Gehälter auf dem Balkan sind viel zu niedrig“, sagt Angela, während sie sich kämpferisch zeigt, denn sie will bleiben: „Ich will meiner Heimat etwas zurückgeben“. Einen Master im Ausland könnte sie sich davor aber sehr gut vorstellen. Bei Fanol sieht es ähnlich aus, am liebsten wäre ihm ein Master in Wien; „an Berlin könnte ich mich aber auch gewöhnen“, ergänzt er lächelnd. Doch zuerst einmal freue er sich auf die Zeit in Leipzig.

Philip Jokic

Abteilung Presse und Kommunikation im OAOEV

„Gibt es eine bessere Russland-Politik?“

Die Politologin Angela Stent zählt zu den renommiertesten Russland-Experten in den USA. Im Mai erschien ihr Buch „Putins Russland“. Im OEI-Interview plädiert Stent dafür, die Sanktionen beizubehalten und gleichzeitig die sektorale Zusammenarbeit mit Russland zu verstärken.



Angela Stent

Direktorin des Centers for Eurasian, Russian and East European Studies an der Georgetown University in Washington D.C.

Sehr geehrte Frau Stent, wie kam es zu der Idee für Ihr neues Buch?

Das Buch versucht auf drei Hauptfragen Antworten zu finden: Warum haben wir uns mit der Annahme geirrt, dass sich Post-Sowjet-Russland in den Westen integrieren würde? Wie ist es Putin gelungen, dass sein Land, das wirtschaftlich schwächer als Italien ist, eine schrumpfende Bevölkerung und eine bröckelnde Infrastruktur hat, auf der Weltbühne wieder mit den USA konkurrieren kann? Und gibt es eine bessere Russland-Politik als die bestehende? Die Beziehungen Russlands mit Europa und den USA sind zwar sehr schwierig, aber viele Länder und Regionen der Welt, wie etwa China oder Indien, machen gute Geschäfte mit Russland und akzeptieren, dass es ein autoritäres Land mit eigenen Interessen ist.

Es scheint also, dass wir im Umgang mit Russland übersehen, dass es alternative Bündnisse gibt. Aber wenn Sie sich die Wirtschaftsbeziehungen anschauen: Bleibt Russland da nicht stärker auf die EU angewiesen?

Das stimmt. Natürlich braucht Russland die EU als wirtschaftliche Macht, zumal die Chinesen nicht besonders in Russland investieren. Wenn Sie sich die Umgebung von Putin ansehen, dann sind da Leute, die immer noch stark nach Europa schauen. Putin selbst denkt definitiv, dass Russland ein europäisches Land ist, obwohl er ständig von einem eurasischen Land spricht. Russland braucht Europa, aber durch die Krim-Annektion ist die Beziehung sehr schwierig geworden.

Sehen Sie trotz der Sanktionen eine Möglichkeit der Annäherung?

Ich sehe nicht, dass die Russen hier irgendwelche Zugeständnisse machen. Und dass die EU das Thema Ukraine ad acta legt, wäre gefährlich. Dann wäre die Botschaft an die Russen, dass sie das jederzeit wieder machen können. Daher ist ein Neustart der Beziehungen kaum zu erwarten, solange sich Russland nicht bewegt. Putin will verhindern, dass sich die Ukraine in irgendeiner westlichen Institutionen integriert. Ich erinnere mich daran, wie Putin 2008 zu Bush sagte, dass die Ukraine nicht einmal ein Land sei.

In Ihrem Buch üben Sie durchaus Kritik an der Idee, die NATO um die Ukraine und Georgien zu erweitern und erwähnen den NATO-Gipfel 2008 in Bukarest ...

Ich sage nicht, dass es generell falsch war, die NATO nach Osten zu erweitern. Aber es war ein Fehler, im Rahmen des NATO-Gipfels in Bukarest der Ukraine und Georgien einerseits keinen Membership Action Plan anzubieten, andererseits aber nach außen zu kommunizieren, dass sie eines Tages NATO-Mitglieder werden. Es war ein typischer Kompromiss, den Kanzlerin Merkel damals ausgehandelt hat. Man kann den Russen aber nicht versichern, es gibt absehbar keine Mitgliedschaft

und im Abschlussdokument genau das Gegenteil schreiben.

Wie könnte eine neue Russland-Politik aussehen?

Falls die „Ostpolitik“ fortgesetzt wird, sollte man einerseits Russland auf Gebieten mit gemeinsamen Interessen einbinden, aber gleichzeitig Russland von destabilisierenden Aktionen in seiner unmittelbaren Nachbarschaft abhalten. Wirtschaftlich kann man mit Russland im privaten Sektor sicherlich gute Kontakte aufbauen, aber politisch hat das auf Putin keinen Einfluss.

Hatten die Sanktionen von 2014 einen Einfluss und wenn ja, welchen?

Die meisten Ökonomen sagen, dass sie etwa ein Prozent des russischen Wirtschaftswachstums gekostet haben. Eine Verhaltensänderung ist allerdings nicht zu erkennen. Was die Sanktionen etwa gegen Rusal betrifft, so hat sich die US-Seite zu spät mit den negativen Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft auseinandergesetzt und musste hier korrigieren.

Gibt es eine Möglichkeit, über Kooperation in einzelnen Sektoren wieder Vertrauen aufzubauen?

Nun, eigentlich war das immer unsere Politik. Mögliche Felder wären etwa die Terrorismusbekämpfung oder die Arktis. Da gibt es bereits Zusammenarbeit. Auch der Klimawandel. Syrien ist schwieriger, obwohl es hier tägliche Abstimmungen über Einsätze gibt. Auch Nord Korea wäre eine Möglichkeit. Auch die Raumfahrt. Das funktioniert offensichtlich weiterhin gut.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte
Andreas Metz

OAOEV in Kürze

Deutsch-Russische Roadmap gestartet

Am 28. Juni trafen sich im Bundesministerium für Bildung und Forschung rund 150 Teilnehmer deutscher und russischer Forschungsinstitute zu einer Kick-off-Veranstaltung zur Deutsch-Russischen Roadmap für die Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation. Die Roadmap ist auf zehn Jahre angelegt und sieht engere Kooperationen beim Austausch und der Fortbildung von Wissenschaftlern, bei Großforschungsprojekten und in der Breitenforschung vor. Viele Forschungsbereiche wie etwa Künstliche Intelligenz und Digitalisierung, Weltraumforschung, Biotechnologie, Nuklearforschung und Medizintechnik bieten Schnittmengen mit der Wirtschaft, deshalb will sich der OAOEV aktiv in die Roadmap einbringen.

Gespräch über Wirtschaftsperspektiven in Bulgarien

Am 27. Juni fand in Hamburg ein Round-Table-Gespräch zu „Wirtschaftsperspektiven in Bulgarien“ statt, das der OAOEV mit dem Honorarkonsulat der Republik Bulgarien veranstaltete. Aktuell wird für Bulgarien ein Wirtschaftswachstum von knapp vier Prozent prognostiziert. Gegen Ende der Finanzierungsperiode für EU-Fördermittel 2014 bis 2020 werden im Land noch zahlreiche Infrastrukturprojekte realisiert. Über die Chancen für deutsche Unternehmen informierten unter anderem Anja Quiring, Regionaldirektorin des OAOEV, Helge Tolksdorf, Referatsleiter im Bundeswirtschaftsministerium und Stefan Ionkov, Wirtschafts-Attaché der bulgarischen Botschaft Berlin.

Beirat für die Nordostpassage

Der Vorsitzende der Geschäftsführung des Ost-Ausschuss – Osteuropaverbands Michael Harms wurde als Vertreter der deutschen Wirtschaft in den neuen Internationalen Beirat für die Nordostpassage SMP berufen. Harms informierte das Gremium bei der Gründungssitzung in St. Petersburg über die

wirtschaftlichen Chancen der Nordostpassage für den internationalen Handel. Eine nördliche Umfahrung Russlands durch die Arktis würde den Seeweg von Amerika und Asien nach Europa um 40 Prozent verkürzen. Ab 2024 soll die Route mit Hilfe modernster russischer Eisbrecher ganzjährig befahrbar sein.

Deutsch-Belarussischer Unternehmerrats tagte in Minsk

Anfang Juli unterzeichneten die beiden Co-Vorsitzenden des Deutsch-Belarussischen Unternehmerrats Sergei Novitsky (OOO Henkel Bautechnik) und Felix Zimmermann (Remondis) im Rahmen der Sitzung des Rats in Minsk im Beisein von 28 Wirtschaftsvertretern beider Länder feierlich das gemeinsame Grundlagendokument für die Arbeit des Rats. Damit wird der praktischen bilateralen Zusammenarbeit ein institutioneller Rahmen gegeben. Die Arbeit des Rats wird auf deutscher Seite vom OAOEV, der durch seine Geschäftsführerin Ute Kochlowski-Kadjaia vertreten war, und auf belarussischer Seite von der Belarussischen Industrie- und Handelskammer sowie von der Delegation der Deutschen Wirtschaft und dem Deutsch-Belarussischen Wirtschaftsclub getragen. Die Teilnehmer verständigten sich auf der Sitzung über die nächsten Arbeitsschwerpunkte des Unternehmerrats, wobei die Bereiche Logistik, Energieeffizienz, Recycling und IT im Mittelpunkt standen. Darüber hinaus sollen für Themen wie Fachkräftesicherung und -qualifizierung, Förderung von KMU, Finanzierungsfragen und Visalieferungen Lösungsansätze erarbeitet werden.

Deutsch-Russischer Business-Round-Table in Baden-Baden

Auf Einladung des früheren Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Klaus Mangold trafen sich Anfang Juli in Baden-Baden Spitzenvertreter der deutschen und russischen Politik und Wirtschaft, darunter der russische Wirtschaftsminister Maxim Oreschkin, Sberbank-CEO Hermann Gref, OAOEV-Vorstandsmitglied Hans-Ulrich Engel (CFO BASF) und Geschäftsführer Michael Harms sowie Abgeordnete des Bundestags und Vertreter des Auswärtigen Amts. Partner des vierten Deutsch-Russischen Business-Round-Tables in Baden-Baden war die Roscongress-Stiftung. Inhaltlich unterstrichen wurde das Ziel, einen gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok zu schaffen. Die deutschen und russischen Teilnehmer waren sich einig, dass im globalen Wettbewerb mit den USA und China eine enge Kooperation der EU mit Russland zunehmend wichtiger sei, insbesondere bei der Digitalisierung und neuen Technologien, bei denen Europa im globalen Wettbewerb zurückzufallen droht. So finden sich in den Top Ten der globalen Internetunternehmen ausschließlich US- und chinesische Firmen. Konkret vereinbart wurde, auf Basis des im Januar vorgelegten OAOEV-Positionspapiers zur Zusammenarbeit mit Russland kurzfristig drei konkrete deutsch-russische Projekte in den Bereichen Energie/Klima, Digitalisierung und Gesundheitswirtschaft auf den Weg zu bringen. Auch die Fortsetzung des russischen Gastransits durch die Ukraine und neue Impulse für das Minsker Friedensabkommen waren Themen. Hier sahen die Beteiligten durch die aktuellen politischen Veränderungen in der Ukraine neue Chancen für eine Verständigung. Das nächste Gespräch ist bereits im November in Stuttgart geplant.



In Baden-Baden wurde über die deutsch-russischen Beziehungen diskutiert.

„Mit den Besonderheiten Osteuropas vertraut“

Das nordrhein-westfälische Anlagenbauunternehmen Engineering Dobersek agiert schon seit Anfang der 1990er Jahre erfolgreich in den GUS-Staaten. Im OEI-Interview erläutert Unternehmensgründer und geschäftsführender Gesellschafter Albin Dobersek die Gründe dafür.

Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen kurz vor!

Engineering Dobersek ist ein mittelständisches und international ausgerichtetes Unternehmen für Anlagenbau. Schwerpunkte unserer Tätigkeit sind Anlagen im Bergbau, zur Aufbereitung von Mineralien und metallurgische Werke für Bunt- und Edelmetalle. Die Entwicklung und Planung erfolgt seit über 35 Jahren in unserer Unternehmenszentrale in Mönchengladbach. Weltweit verfügen wir über ein Netzwerk von rund 400 Mitarbeitern für Anlagenbauprojekte.

Welche Bedeutung haben Osteuropa und Zentralasien für Ihr Unternehmen?

Eine sehr hohe. In unserer Unternehmenshistorie vollzog sich ein Wandel von der Ersatzteil- und Komponentenlieferung hin zum schlüsselfertigen Anlagenbau. Von Anfang an nutzten wir die ökonomischen Veränderungen in den rohstoffreichen Ländern Osteuropas und Zentralasiens für unsere Entwicklung. Der dortige Bedarf nach komplexen Anlagen stieg kontinuierlich mit der außenwirtschaftlichen Öffnung. Über unsere technische Kompetenz hinaus haben wir uns vom Start weg besonders dadurch ausgezeichnet, dass wir uns flexibel auf den Bedarf und die Anforderungen unserer Kunden einstellen.

Diese Faktoren haben die Voraussetzungen für wichtige Meilensteine geschaffen, beispielsweise den Großauftrag zur Planung und zum Bau eines Kupferwerks sowie der Rekonstruktion einer Bleihütte in Kasachstan und die Gesamtprojektplanung- und -koordination der weltweit größten Goldgewinnungsanlage mit der Bio-Oxidation-Technologie der Firma Biomin. In jüngerer Vergangenheit haben wir mit dem Bau eines neuen Kupferschmelzofens in Usbekistan, dem ContiSmelt System, für weitere Aufmerksamkeit gesorgt.



Welche Projekte führen Sie aktuell in Osteuropa und Zentralasien durch?

In einer der größten Wüsten Zentralasiens befindet sich derzeit eine neue, innovative und patentierte Anlage zur Röstung von goldhaltigen Deponieabgängen in der Inbetriebnahmephase. Der Kunde legt dabei großen Wert auf eine umweltfreundliche Gesamtanlage: Diese Anforderung erfüllt Engineering Dobersek unter anderem mit der Bau der ersten Rauchgasentschwefelungsanlage in Usbekistan. Im Zentrum Kasachstans sind wir beim Neubau einer Aufbereitungsfabrik für Blei- und Zink-Konzentrate für das gesamte Basis- und Detailengineering sowie die Koordination und Lieferung von Teilanlagen zuständig. Ferner liefern wir eine Anlage zur Eindickung und Verpumpung von Deponieabgängen einer Diamantenmine in Ost-Sibirien, um das Prozesswasser wiederverwenden und den Energiebedarf deutlich zu senken. Allen Projekten gemeinsam sind „German Engineering“ und die Ausrichtung auf Prozessoptimierung unter Berücksichtigung von Umweltschutzaspekten.

Was sind die Besonderheiten auf den osteuropäischen Märkten?

Unsere Auftraggeber sind oft staatliche Unternehmen. Das bedeutet, Investitionsentscheidungen werden in Gremien getroffen und durchlaufen mehrstufige Genehmi-

gungsverfahren. Die besonderen örtlichen Gegebenheiten mit extremer Kälte von unter 50°C oder Hitze von über 50°C und oftmals langen, aufwändigen Transportrouten stellen besonders hohe Anforderungen an die Projektplanung und -abwicklung. Außerdem muss der Bau von Anlagen an lokale Normen angepasst werden. Unser Vorteil ist, dass wir mit den Besonderheiten Osteuropas und Zentralasiens sehr vertraut sind und diese respektieren.

Welche Erwartungen haben Sie an Ihre Mitgliedschaft im OAOEV?

Für uns ist es schon selbstverständlich, in Osteuropa und Zentralasien stark vernetzt zu sein. Wir schätzen unsere Kontakte und teilen diese gerne. Durch uns haben schon viele deutsche Komponentenhersteller Marktzugang erhalten, denn deutsche Qualität hat sich bewährt und ist entsprechend gefragt. Auf der anderen Seite sind wir natürlich an neuen Kontakten und dem generellen Austausch von Erfahrungen interessiert, auch über den Tellerrand unseres Tätigkeitsfelds hinaus. Denn wir wissen aus Erfahrung, wie wichtig Kontakte zu Banken, Versicherungen, Logistikdienstleistern oder Interessensvertretern wie Handelskammern und Verbänden sein können.

Dr.-Ing. Albin Dobersek

Geschäftsführender Gesellschafter der Engineering Dobersek GmbH

Termine/Kooperationen

28. AUGUST 2019, HAMBURG Liquidität in Fremdwährung effektiv managen

Der OAOEV lädt zu einer Informationsveranstaltung im Hause der Deutschen Bank nach Hamburg ein, bei der Sie einen aktuellen volkswirtschaftlichen Einblick in die Region Osteuropa erhalten und erfahren, wie Ihr Unternehmen mit den Fremdwährungsrisiken effizient umgehen kann.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
Katrin Morosow
Tel.: +49 40 325257 49
K.Morosow@bdi.eu

23. – 28. SEPTEMBER 2019, BAKU Markterkundungsreise: „Modernisierung von Industrie und Infrastruktur“

Gemeinsam mit COMMIT, der AHK Aserbaidshans, dem VDMA und dem OWC Verlag lädt der OAOEV im Rahmen des Markterschließungsprogramms für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) zu einer sechstägigen Markterkundungsreise nach Aserbaidshans ein. In Treffen und Fachveranstaltungen können sich deutsche Unternehmen über eine mögliche Geschäftstätigkeit in Aserbaidshans erkundigen. Vorgesehen ist auch die Teilnahme am Deutsch-Aserbaidshansischen Wirtschaftstag am 27. September.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
Stefan Kägebein
Tel.: +49 30 206167-113
S.Kaegebein@bdi.eu

27. SEPTEMBER 2019, BAKU Deutsch-Aserbaidshansischer Wirtschaftstag

Am 27. September 2019 findet in der aserbaidshansischen Hauptstadt Baku der nächste Deutsch-Aserbaidshansische Wirtschaftstag statt, den der OAOEV gemeinsam mit der Deutsch-Aserbaidshansischen Auslandshandelskammer veranstaltet. Am Folgetag, dem 28. September 2019, lädt die AHK Aserbaidshans zum traditionellen Oktoberfest ein.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein

Stefan Kägebein
Tel.: +49 30 206167-113
S.Kaegebein@bdi.eu

9. OKTOBER 2019, BRÜSSEL Berliner Eurasischer Klub

Am 9. Oktober findet in Brüssel die 27. Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs (BEK) statt. Die Sitzungen des BEK werden dreimal jährlich gemeinsam von OAOEV und der Botschaft Kasachstans in Deutschland organisiert. Das Schwerpunktthema der Herbst-Konferenz in Brüssel lautet: „Zentralasien: Wirtschafts- und Transitzpotenzial der Region auf der Neuen Seidenstraße“.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
Eduard Kinsbruner
Tel.: +49 30 206167-114
E.Kinsbruner@bdi.eu

10. OKTOBER 2019, STUTTART Deutsch-Armenisches Wirtschaftsforum

Im Rahmen der armenischen Kulturtag Baden-Württemberg veranstalten der Deutsche Wirtschaftsverband in Armenien, die Repräsentanz der Armenischen Industrie- und Handelskammer in Deutschland und der OAOEV in Stuttgart das Deutsch-Armenische Wirtschaftsforum 2019. Deutsche Unternehmensvertreter haben die Möglichkeit mit armenischen Unternehmen, unter anderem aus den Branchen Lebensmittelverarbeitung und IT-Dienstleistungen, und Vertretern der armenischen Regierung zusammenzutreffen und in den Dialog mit Vertretern der armenischen Regierung zu treten.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
Stefan Kägebein
Tel.: 030 206167-113
S.Kaegebein@bdi.eu

23. BIS 26. OKTOBER 2019, XI'AN/CHINA 1st Clean Energy Financing and Investment Conference for Belt and Road Initiative (BRI)

„Energiewende“ ist ein wichtiges Thema der chinesischen Seidenstraßeninitiative. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz spielen dabei eine wesentliche Rolle. Die Konferenz soll Vertretern aus Asien, Europa und Afrika eine Plattform für Diskussionen und den Aufbau einer internationalen nichtstaatlichen Zusammenarbeit bei Clean-Energy-Projekten im Rahmen der „Belt and Road“-Initiative bieten.

Die Anmeldung ist nur online auf der offiziellen Website möglich: www.brcefic.org.cn

25. OKTOBER 2019, BERLIN 2nd German-East European Healthcare Symposium

Das vom OAOEV in Kooperation mit German Healthcare Partnership im vergangenen Jahr begründete German-East European Healthcare Symposium weitet sich als Side Event des World Health Summit zu einer wichtigen Gesundheitskonferenz für Osteuropa, Zentralasien, den Kaukasus und das Baltikum aus. 2019 erwarten wir in Berlin über 100 Fachbesucher und Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, darunter die Gesundheitsministerien und Botschaften der Partnerländer, sowie interessierte Unternehmen aus Deutschland und Osteuropa. Das Symposium steht unter der Überschrift „Comprehensive Health Care - Improving the Quality of Life“.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
Katrin Morosow
Tel.: +49 40 325257 49
k.morosow@bdi.eu

Impressum

Herausgeber:

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
der Deutschen Wirtschaft e.V.
Breite Straße 29, D-10178 Berlin
Telefon: +49 30 206167-116
Fax: +49 30 2028-2452
Vorsitzender der Geschäftsführung:
Michael Harms

Redaktion:

Andreas Metz (ViSDP),
Christian Himmighoffen
Telefon: +49 30 206167-122
Fax: +49 30 2028-2577
C.Himmighoffen@bdi.eu
Redaktionelle Mitarbeit:
Monique Stender, Philip Jokic

Verlag:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: + 49 30 615089-0
Fax: + 49 30 615089-29
info@owc.de, www.owc.de
Geschäftsführender Gesellschafter:
Ulf Schneider

Anzeigen:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: + 49 30 615089-0
Fax: + 49 30 615089-29
anzeigen@owc.de

Erscheinungsweise:

6 x jährlich (zweimonatlich)

Abonnement:

Die Osteuropa-Informationen können nur
gemeinsam mit der Monatszeitschrift
OstContact bezogen werden. Der Preis für
das Jahresabonnement beträgt für beide
Publikationen zusammen Euro 120,00, zzgl.
7 % MwSt., Auslandsversand zzgl. Porto.

Abonnement-Service:

Leserservice OST-WEST-CONTACT
65341 Eltville
Telefon: +49 6123 9238-257
Fax: +49 6123 9238-244
leserservice-owc@vuser.de

Gerichtsstand:

Amtsgericht Charlottenburg
HRB 170362 B

Druck:

Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG,
Detmold

Erscheinungstermin:

August 2019

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
übernimmt trotz größter Sorgfalt keine
Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit
der weitergegebenen Informationen.

Die neuen Seidenstraßen. Gegenwart und Zukunft unserer Welt.



Von Peter
Frankopan

Die Kernthese des
neuen Buchs von Pe-
ter Frankopan lautet:
„Die Welt der Vergan-
genheit wurde durch
das Geschehen ent-
lang der Seidenstra-
ßen geprägt. Das wird
auch in Zukunft wie-
der so sein“. In fünf Kapiteln geht der Autor
verschiedenen Aspekte der Straßen nach – der
Verschiebung des ökonomischen Schwer-
punktes der Welt nach Osten, den regionalen
Verflechtungen und Konflikten, der chinesi-
schen Seidenstraßeninitiative BRI und der in-
neren Entwicklung in China sowie dem Ge-
gensatz USA-China und anderen Konfliktlinien
in der Region. Sehr faktenreich und leicht le-
sbar eröffnet das Buch neue Perspektiven.
Frankopan versucht dabei auch, uns die chine-
sische Sichtweise zugänglich zu machen. Es
ist streckenweise eine interessante Beschrei-
bung nicht durch die europäisch-atlantische
Brille. Andererseits sind auch besonders be-
drückende Momente nicht ausgespart, bei-
spielsweise zur Menschenrechtslage in Xinji-
ang und die chinesischen Begründungen dafür.
Insgesamt eine sehr bereichernde Lektüre für
ein breites Publikum. (Ho)

**346 S. | 22 Euro
(19,99 Euro E-Book)
Rowohlt 2019**

Mosaiki – Buchstücke einer Utopie



Von Katja Koch und
Aram Galstyan

Der kleine, aber feine
Berliner Lukas Verlag
für Kunst- und Geistge-
schichte macht immer
wieder durch beein-
druckende Dokumenta-
tionen und Bild-Bände auf sich aufmerksam.
Zuletzt hatten wir an dieser Stelle im März das
Buch „In schwindendem Licht – Spuren jüdi-
schen Lebens im Osten Europas“ vorgestellt.
Neu erschienen ist nun eine umfangreiche Foto-
dokumentation über Mosaiken im postsowjeti-
schen Raum. Katja Koch und Aram Galstyan
haben sich auf eine akribische Suche durch alle
fünf zentralasiatischen Republiken, die drei süd-
kaukasischen Länder sowie durch die Ukraine,
Belarus und Moldau begeben. Diese bunten
Spuren eines untergegangenen Universums -
nicht selten in der Größe einer Hochhauswand,
viele zieren Bushaltestellen oder verstecken sich
in Hinterhöfen - beeindruckend durch eine un-
glaubliche Farb- und Formenvielfalt. Viele Mo-
tive entstanden im staatlichen Auftrag und trans-
portieren die damals herrschende Ideologie vom
neuen Sowjetmenschen. Auch deshalb sterben
sie heute oft einen leisen Tod. Dass sie sowohl
als Zeitzeugnisse aber auch als Ausweis großer
Kunstfertigkeit erhalten werden sollten, davon
ist der Betrachter am Ende dieses Buches über-
zeugt. (Met)

**288 S. mit 510 Abbildungen
39,80 Euro
Lukas Verlag, 2019**

Jahrbuch Mittel- und Osteuropa 2019



Zur Jahresveranstal-
tung des Ost-Aus-
schuss – Osteuropa-
vereins (OAOEV)
am 12. Juni ist das
umfangreiche Mittel-
und Osteuropa-
Jahrbuch 2019 er-
schienen, das wieder in Kooperation
mit dem OWC-Verlag für Außenwirt-
schaft entstanden ist. Es enthält auf fast
200 Seiten einen Überblick über die
wichtigsten wirtschaftlichen Entwick-
lungen in 29 OAOEV-Partnerländern
und dokumentiert die Veranstaltungen

und Projekte des OAOEV in den zu-
rückliegenden zwölf Monaten.

In diesem Jahr blicken wir in einem
Sonderteil auf das Jahr der Wende 1989
zurück. Informationen zu den neu ge-
bildeten Gremien und ein Verzeichnis
der jetzt 350 OAOEV-Mitglieder schlie-
ßen sich an. Danach folgen Wirt-
schaftsprofile aller mittel- und osteuro-
päischen Länder.

Mitgliedsunternehmen des OAOEV kön-
nen die Publikation kostenlos beziehen.
Bestellungen an M.Stender@bdi.eu.

Den globalen Handel im Blick Seit mehr als 60 Jahren OWC – Der Fachverlag für Außenwirtschaft

Hier geht es zu
den Magazinen



Der
wöchentliche
Newsletter
für Ihr
Russland-
Geschäft
Jetzt
kostenlos
abonnieren
unter
www.owc.de

Russland
aktuell

Der
wöchentliche
Newsletter
für Ihr
Zentralasien-
Geschäft
Jetzt
kostenlos
abonnieren
unter
www.owc.de

Zentralasien
aktuell